

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 23. Dezember 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit! Von E. U. — Das Budget einer armen Frau. Von Ed. Graf. — Notsignale in der Textilindustrie. Von H. Jädel. — Menbroof. Von Elisabeth Hartmann-Harber. — Wahlreformen und Frauenstimmrecht in Dänemark. Von d. r. — Die Frauen und die Presse. Von E. Käthe.

Kurz der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresberichte der Genossinnen des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises und des Wahlvereins Pant-Wilhelmshaven. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Eheschließungen und Ehescheidungen. — Kindersterblichkeit. — Aufschrift von Julie Eichholz. — Entgegnung von Luise Bieg.

Feuilleton: Gegenwart. Von Ludwig Pfau. (Gedicht). — Über Vulkanen. Von Leon Dolly. — Neue Tete. Von Emanuel Geibel. (Gedicht).

O du fröhliche, o du selige, Gnadenbringende Weihnachtszeit!

Mit dröhnendem Schall verkünden die Glocken sie in diesen Tagen wieder aller Welt: die fröhliche, selige Weihnachtszeit. Von ihren Gnaden klingt und singt es in den Kirchen und in der „Christlichen“ Presse. Leidende, sehnuchtsvolle, hoffende Menschen, auch ist der Heiland geboren, zu Bethlehem, auf Stroh, eines Zimmermanns Sohn! Liebe, Brüderlichkeit und Frieden hat er euch gepredigt, und für eure Erlösung ist er bitteren Kreuzestod gestorben. Glaubt, und in seinem Blute werdet ihr selig. Und die Pfaffen in der Kutte und ohne Kutte reden ein langes und breites von der Lehre, welche mit dem Namen des Nazareners verknüpft ist, und die ein Gemisch heidnischer Philosophien und jüdischer Dogmen auf dem Boden wirtschaftlicher und geistiger Mähe emporgewachsen ist, welche der Verfall des römischen Weltreichs schuf.

Das aber verschweigen die eifrigen Prediger, daß das Christentum im Anfang einen starken sozialrevolutionären Einschlag hatte. Die fromme Sage berichtet, das Jesus heiligen Jorns im Tempel die Wecheltische umstieß und die Pfaffen mit Geißelhieben von dem Tempel trieb. Die Worte in den Mund genommen, die er sagte, füllten er mit Gütern. Das Christentum wendete an die sozial-ökonomische Erlösung der Menschheit durch christliche Gesinnung.

Das Christentum ist nicht eine dank gottlicher Inspiration, sondern unter dem Druck sehr irdischer geschichtlicher Einflüsse. Aus dem hoffnungsschweren Glauben der Armen und Elenden wurde es zur Religion der Reichen und Mächtigen, wurde es zur Staatsreligion. Es predigte den Massen Demut, Entagung, Unterwerfung, an die Stelle des Kommunismus setzte es die Charitas, die christliche Barmherzigkeit, das Recht gab es für das Almosen preis. Die Speisung der Hungrigen, die Erhöhung der Niedrigen, kurz die ausgleichende Gerechtigkeit verwies es von dem festen Boden dieser Erde in die luftigen Wolken des Himmels.

Weil das Christentum sich als ohnmächtig erweisen mußte, die Gesellschaft umzugestalten, die wirtschaftliche Grundlage für Frieden auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen zu schaffen, konnte es auch die sittlichen Ideale nicht verwirklichen, die es lehrte. Zweitausend Jahre dauert seine Predigt, weit über tausend Jahre ist es her, daß seine Herrschaft über die sogenannten Kulturvölker fest begründet ist. In der Zeit seiner Herrschaft haben sich die größten geschichtlichen Umwälzungen vollzogen. Nicht nur Reiche wurden gegründet und zerstört, der Kapitalismus entwickelte sich und begann die Erde umzupflügen. Die wirtschaftliche Grundlage der Staaten, alles gesellschaftlichen Lebens ist revolutioniert worden. Die Wissenschaft hat dem Menschen eine wachsende Herrschaft über die Natur verliehen: in steigendem Maße vermag er sich ihre Kräfte dienstbar, ihre Schätze nutzbar zu machen. Dampf, Elektrizität und wirtschaftliche Arbeitsverfahren verringern die Mühe seines Schaffens und vermehren dessen Ertrag. Die Erde ist fruchtbarer geworden. Eisenbahnen und Riesenschiffe vermitteln den Verkehr und tragen die Früchte der Natur und der Arbeit in kürzester Frist von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil. Früher ungekannte, ja ungeahnte Reichtümer haben sich angehäuft und nehmen täglich zu. Kurz, die materiellen Vorbedingungen für das Wohlgefallen der Menschen auf Erden sind heute vorhanden. Alle Hungrigen könnten mit Gütern gefüllt, allen nach geistiger Erhebung, nach sozialer Gerechtigkeit Dürstenden die Sehnucht gestillt werden. Nichtsdestoweniger scheinen die Verhältnisse um uns herum ein blutiger Pohn auf die fröhliche, selige Weihnachtsbotschaft von der Erlösung der Menschheit, welche das Christentum verkündet.

Friede auf Erden! Die Marokkocampagne der „Christlichen“ Franzosen, die Ausplünderung und Unterwerfung afrikanischer Stämme durch die nicht minder „Christlichen“ Deutschen erzählen von dem Frieden auf Erden. Waffenstarr, mißtrauisch stehen die Kulturnationen einander gegenüber. Die der arbeitenden Bevölkerung abgepreßten Steuergroschen werden für die unsinnigsten, endlosen Rüstungen zu Lande und zu Wasser, werden für Kolonialabenteuer vergeudet, die nur einem kleinen Krieger-Kingel von Besitzenden frommen und die Kriegsgefahr steigern. Gelehrte, Erfinder mühen sich um die Herstellung der vollkommensten Nordwerkzeuge, die erste praktische Verwendung des leuchtbaren Luftschiffes soll der Vernichtung von Menschenleben und Menschenwerk dienen. Im Osten Europas der Bürgerkrieg zwischen einem Volke, das sein Recht zu ahnen, für seine Freiheit zu kämpfen begonnen hat und einer herrschenden Minderheit, die ein verrottenes, mit Verbrechen und Fluch beladenes Regierungssystem um den Preis der blutigsten Gewalttaten, der ungeheuerlichsten Frevel aufrecht erhalten will, weil es ihr Reichum und Macht verleiht.

Den Menschen ein Wohlgefallen! In allen Staaten, die sich mit Stolz christliche und zivilisierte nennen, stehen sich zwei Klassen in unveröhnlicher Gegnerschaft kämpfend gegenüber: Reiche und Arme, Ausbeuter und Ausgebeutete, Herren und Knechte. Und die Enterbten und Unterdrückten zählen nach Millionen, während die Genießenden und Herrschenden nur ein kleines Häuflein sind. Der kapitalistische Besitz aber legt in die Hand der wenigen die Macht, die vielen in ihren Dienst zu zwingen und sich, auch ohne zu arbeiten, den Löwenanteil an den Früchten der Arbeit jener anzueignen. Eine Minderheit vermag im Überfluß zu leben, Zehntausende und Zehntausende hungern, frieren, haben nicht, um ihre Blöße zu decken, Millionen entbehren und darben, werden vorzeitig an Leib und Geist in der Teermühle der kapitalistischen Ausbeutung zermürbt. Die Reichtum schaffende Arbeit, die Trägerin aller Kultur ist die Gefangene, die Skavin des ausbeutenden Kapitals. Aus einer Freude wird sie zur Dual, aus einer Ehre zur Erniedrigung, aus einem Segen zu einem Fluche für die werktätigen Klassen. Und wo diese sich gegen die knechtende Gewalt des kapitalistischen Geldsacks auflehnen, da lassen die Herren die Hungerpeitsche auf ihre Rücken niedersausen, da brauchen sie rücksichtslos das Schwert der politischen Macht.

Frieden auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen! Die Arbeiterklasse Deutschlands kann ein Lied davon singen. Die wirtschaftliche Krise beginnt hereinzubrechen, geringerer und unsicherer Verdienst, ja Arbeitslosigkeit verschärft die gewöhnliche Dürftigkeit der Lage und steigert sie oft genug zur härtesten Not. Eine unerhörte Lebensmittelerhöhung hat die gleichen bösen Folgen und — dreifache Schmach des christlichen Reiches und der christlichen Herrschenden! — die Teuerungspreise sind künstlich entstanden, sind das Werk der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die Wucherzölle festgelegt haben, welche nicht bloß die Staatskasse, sondern auch die Taschen schwerreicher Großgrundbesitzer und Industrieller auf Kosten der kleinen Leute füllen. Todender als sonst türmen sich in der Weihnachtszeit hinter den glänzenden Schaufenstern nützliche und schöne Sachen auf. Aber schleicht nicht von dem Laden, in den die pelzgeschmückte Dame hineinrauscht, vergrämt die Arbeiterfrau weg, der es nicht langt, ihren Lieblingen die nötigen wärmenden Kleider, die ersetzten Spielsachen zu kaufen, weil der Verdienst gar schmal und die Lebensnotdurft so teuer ist? Und tauchen nicht hinter dem prächtigen Kostüm, den reizenden Spielsachen die Gestalten bleicher, ausgehungelter, nach Brot und Schlaf hungernder Frauen und Kinder auf, deren zitternde, milde Finger in der Heimarbeit diese Dinge schufen? Wo ist für sie, wo für alle Ausgebeuteten die Gnade, welche die Weihnachtsbotschaft seit langen Jahrhunderten verheißt? Als Weihnachtsbotschaft seit langen Jahrhunderten verheißt? Als Weihnachtsbotschaft legen ihnen die herrschenden „Brüder in Christo“ drohende Ausperierungen auf den Tisch, welche die bescheidensten Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, vor allem aber die schützenden Gewerks-

Einladung zum Abonnement.

Die „Gleichheit“, das Organ der deutschen Genossinnen, schließt mit dieser Nummer ihren 17. Jahrgang. Wie in den vergangenen Jahren, so wird die Zeitschrift auch fernerhin die treue Beraterin der Proletarierinnen für ihre Beteiligung am Befreiungskampf ihrer Klasse sein. Sie wird wie seither mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechtes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, was wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird sie auch im kommenden Jahre werden für den Streit, in dem „ein Hilfen und Drüben nur gilt“.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Aufgaben erfüllen. Jede Nummer hat eine Beilage, welche, abwechselnd in der Reihe des Erscheinens, der allgemeinen Bildung der proletarischen Frau, ihrer besseren Ausrüstung für die Pflichten als Mutter und Hausfrau gewidmet ist und Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken fördern soll. Das Blatt hat im Laufe des letzten Jahres seinen Leserkreis um viele Tausende vermehrt. Wir hoffen, daß es sich 1908 die alten Sympathien erhält und neue Freunde erwirbt.

Der Preis der „Gleichheit“ beträgt vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit gratis abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleichheit“ hofft

Die Redaktion und der Verlag.

Schaftsorganisationen niederzwingen sollen, dazu noch neue Ausgaben für Flotte und Kolonien, das heißt größere Steuerlasten, ein Vereins- und Versammlungsrecht, in dem die Reaktion weit mehr als der Fortschritt zu Wort gekommen ist; eine Verschärfung der Klassenjustiz, wie sie sich im Prozeß Liebknecht besonders kraß offenbart hat, und andere „Herrlichkeiten“ noch. Welch würdige Jünger und Nachfolger des göttlich verehrten Nazareners sind nicht die kapitalistischen Klassen!

Dem Proletariat tönt die fromme Verheißung der fröhlichen, seligen Weihnachtszeit als eitel Lüge und Heuchelei in das Ohr. Es weiß, daß kein Flehen, kein Bitten und Beten seine Erlösung vom Himmel herab bringt, daß es selbst diese auf der Erde erlämpfen muß. Nicht im Ringen gegen die „Sündhaftigkeit der menschlichen Natur“ wird es unter dem Kreuzeszeichen des Christentums sich vom Übel erlösen, sondern im Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung, geschart um das rote Banner des internationalen revolutionären Sozialismus. In des Klassenkampfes „Wettern und Flammen“ wird sein Heiland geboren: die klare Erkenntnis des sozialistischen Endziels, das nimmerwankende Vertrauen in seine eigene Kraft, der eiserne Wille, seine Ketten zu brechen und eine Welt zu erobern.

E. U.

Das Budget einer armen Frau.

In Gottlieb Schnapper-Arndts wissenschaftlichem Nachlaß fand Dr. Zeitlin ein sorgfältig geführtes Haushaltungsbuch einer armen Frau. Der bekannte Sozialpolitiker und Wirtschaftshistoriker hatte die Absicht gehabt, es als ergreifende Schilderung des Lebens einer armen Person zu veröffentlichen, gleich dem „Nährkele“, das nach seinem Tode erschienen ist. Dr. Zeitlin hat in der „Zukunft“ die Arbeit der Öffentlichkeit übergeben. Einleitend bemerkt er dazu: „Frau B. ist eine arme alte Frau, die ein langes Leben der Arbeit hinter sich hat, und die jetzt Armenunterstützung empfängt. Kein wechselvolles Schicksal. Wir kennen ihr Leben und Erleben, wenn wir einen Tag ihres Lebens kennen; keine interessante Persönlichkeit, keine Proletariatsphilosophin; ein schlichtes Frauchen, zäh und geschickt, wie man es eben sein muß, um bis ins Greisenalter den Kampf ums tägliche Brot immer und immer wieder ausfechten zu können.“

Der verlorbene Gelehrte besuchte die alte Frau fast täglich und konnte sich so von der Richtigkeit der Angaben über ihre Ernährung überzeugen. Nach seiner Schilderung war Frau B. ein Mütterlein im Alter von 74 Jahren. Keine Menschenfelle sorgte für die Alte, deren Mann und Kinder schon vor vielen Jahren gestorben waren. Ein langes Leben harter Arbeit lag hinter ihr, als sie vor 18 Jahren die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nehmen mußte. Die Augen wurden trüber und trüber, Nähen und Stricken lohnten nicht mehr! Ende der achtziger Jahre begann die Armenunterstützung mit „wöchentlich 1,50 Mark und einer monatlichen Brotspende“. Als die Augenschwäche zunahm, der Verdienst der alten Frau lager wurde, erhöhte das Armenamt Frankfurt a. M. die Unterstützung „erst auf 2, später auf 3, dann auf 4 Mk., heute sind es wöchentlich 5 Mark“. Die „Brotspende“ wurde im Laufe der Zeit durch „Barunterstützung“ ersetzt, jetzt erhält die alte Frau dafür „monatlich 2 Mark vom Armenverein“. Nach den genauen Feststellungen Schnapper-Arndts betrug das Gesamteinkommen der alten Frau: „vom Juli 1901 bis Juni 1902 238,72 Mark“!

„All das, was die Frau zu ihrem Unterhalt braucht, kauft sie sich selbst ein, und sie scheut nicht den weiten, für die Greisin beschwerlichen Weg nach der Markthalle, um durch billigen Einkauf einige Pfennige zu ersparen. Wenn die Armen ausruhen dürfen von den Mähen des Kampfes ums Dasein, müssen sie sich immer noch tüchtig rühren.“ Dem wackeren Gelehrten war es unklar, ob die alte Frau „ohne ihr Wissen einen kleinen Zuschuß erhält, denn der Mietpreis von monatlich 5 Mark scheint ein auffallend geringer für ihr Zimmerchen, das sie im ersten Stockwerk eines Vorstadthausleins (Frankfurt) bewohnt, und das verhältnismäßig geräumig und lustig ist.“

Dem Einkommen der alten Frau steht nun „nach ebenso genauen Ermittlungen 231,59 Mk. an Ausgaben gegenüber. Also noch eine Ersparnis von etwa 7 Mk.? Ach nein: die 7 Mk. fehlen; „eine böse Differenz“!

60 Prozent der Ausgaben entfallen auf Nahrung, 25 Prozent auf Wohnung, 8,5 Prozent auf Heizung und Beleuchtung! — „Daß diesen Ziffern gegenüber die Ausgaben für Kleidung recht niedrig sind, erklärt sich dadurch, daß dieses Konto durch Geschenke einigermaßen entlastet wird; daselbe gilt vom Mobilienkonto!“ Die arme Alte hat „Gönnerinnen“, die ihr zu „Ostern und Weihnachten“ Geschenke geben, auch kann sie „etwa 18 Mahlzeiten in einer Familie einnehmen, für die sie damals noch strickte“.

Sehr richtig bemerkt der Verfasser: „Die Zusammenfassung der Ausgaben bestätigt nur aufs neue, daß bei kleinen und kleinsten Einkommen ein verhältnismäßig hoher Bruchteil auf Befriedigung der absolut notwendigen Bedürfnisse verwendet werden muß!“ Das alte Mütterchen muß ja 60 Prozent

ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden, obgleich sie noch beschenkt wird und so billig einkauft. Da „sie sich nicht um die hohe Politik kümmert“, wie sie erzählte, so weiß die Alte sicher nichts vom Brotmacker, der ihr die notwendigen Lebensmittel verteuert, in der Zeitung (jedemfalls „General-Anzeiger“), die „ihr die Nachbarn leihen“ liest sie hauptsächlich das „Lokale“, das „Vermischte“; „auch in dem religiösen Sonntagsblättchen, das sie gratis erhält, liest sie fleißig, denn Frau B. ist eine fromme Frau“!

Sehr treffend bemerkt der Gelehrte weiter: „Mit einem Jahresbudget von 138,34 Mk. für Nahrung auszukommen und dabei satt zu werden, ist gewiß keine Kleinigkeit!“

Doch etwas von dem „langen“ Küchenzettel der alten Frau: „17. August 1901: Kaffee und 1 Brötchen. Gebackte Kartoffeln und Reineclauden. 4 Uhr: Brötchen. Abends: Kaffee, 1 Brötchen, Brot mit Reineclauden.“ — „15. September 1901: Kaffee, 1 Brötchen. Suppe von Mehlschöbbrühe mit Brötchen, Schmalzwiebeln, Mehlschöb und Zwetschgen, Kaffee. 4 Uhr: Zwetschgenbrot und gewärmten Kaffee. Abends: Kaffee, 1 Brötchen.“ — „23. Oktober 1901: Kaffee, 1 Brötchen. Gewärmte Erbsensuppe, Kaffee, Butterbrot. 4 Uhr: Brötchen. Abends: Tee und Butterbrot.“ So geht es fort. Sorgsam wird jede Tagesausgabe auch im „Gewicht“ registriert! Halt, ein Feiertag! „25. Dezember 1901 (Weihnachten): Kaffee und Kuchen (geschenkt!). Mittags: Suppe von Kalbsfuß mit Brötchen, Schweinebraten und Kartoffeln. 2 Uhr: Kaffee und Kuchen. Abends: Kaffee und Kuchen!“ — So mußte die alte Frau leben, da sie ja mit 138,34 Mk. im Jahre ihre Nahrung zu bestreiten hatte!

Der Verfasser wirft mit Recht die Frage auf: „Ist es möglich, daß ein Mensch bei solcher Ernährung überhaupt leben kann?“ Und er antwortet: „Man kann bei einer solchen Ernährung nicht leben!“ Und doch mußte die Alte davon leben!

Hochinteressant ist die folgende Ausführung des Gelehrten: „Aus einer Tabelle, die ich mit der gehörigen Vorsicht aufgestellt habe, geht hervor, daß Frau B. an nutzbaren Nährstoffen pro Tag durchschnittlich zu sich nahm: Eiweiß 39, Fett 43, Kohlenhydrate 227 Gramm; was insgesamt etwa 1491 Kalorien* entspricht.“

„Da das Gewicht der Frau kurz nach Beginn der Beobachtung 49 1/2 Kilo (also nur 99 Pfund) betrug, und da nach neueren, sehr gründlichen Untersuchungen (Neumann: Archiv für Hygiene, Band 45) pro 1000 g leicht arbeitenden Person täglich erforderlich sind: Fett 1,21, Kohlenhydrate 4,29 Gramm aus reichende Nahrung aus zu halten: Eiweiß 53, 7 Gramm, was ungefähr

„Chronische U in dünnen Worten! Frau B.! „Lebt si das nur wenigen! Alters durchaus mid,

„Das aber sou uns ni... Wenn wir auch oft und gern das Leben gegen die Theorie auspielen, diesmal wollen wir doch lieber glauben, daß die Theorie im Recht ist, wenn sie die Überzeugung, man könne sich das Essenzgänglich abgewöhnen, nicht teilen will!“

Bei den öfteren Besuchen — „das alte Frauchen freute sich auf diese Plaudereien“ — erfuhr der Gelehrte auch Frau Bs. Lebensgeschichte.

In der ehemaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. M. ist sie als Tochter eines kleinen Beamten ihrer Vaterstadt geboren. Hier hat sie auch ihr ganzes Leben zugebracht. Sie war noch ein junges Ding, als der Vater starb; nun hieß es: Verdienen! Die zu Hause erworbene Geschicklichkeit im Nähen und Stricken erleichterte die Berufswahl — „sie wurde Näherin“. Nähen war und blieb ihre Hauptbeschäftigung, die während ihrer zehnjährigen Ehe manchmal ruhen mußte. Die Pflege der vier kranken Kinder (sie alle sind früh gestorben) und des leidenden Mannes ließ ihr wohl kaum viel freie Zeit.“ Als Witwe mußte sie wieder fleißig nähen, und „erst als die alten Augen sich zu trüben begannen, legte sie Nadel und Faden nieder“. Sie übernahm gelegentlich Aufwartedienste und war auch als Zeitungsträgerin tätig.

Und welchen Lohn empfing sie „bei einer meist eifertündigen Arbeitszeit“ als Näherin? In den ersten Jahren arbeitete sie in den Häusern der Kunden gegen einen Taglohn „von 30 Kreuzern und Selbsttätigung“. Später arbeitete sie im Stücklohn für ein Geschäft und stieg „bis zum Wochenlohn von etwa 6 Gulden“. „Aber mehr als 10 Mk. wöchentlich hat sie auch nach 1870 nie verdient, und um nur leben zu können, mußte sie schon den Sonntag zu Hilfe nehmen!“ Als Zeitungsträgerin verdiente sie monatlich 15 Mk. — „doch da das vornehmste Viertel der Stadt ihren Bezirk bildete, so hatte sie aus Maß- und Neujahrsgehd eine ansehnliche Nebeneinnahme“. Sie konnte dieses Geld „damals besonders gut gebrauchen, denn ihr Mann war schon so leidend, daß er nichts mehr verdienen konnte“.

* Eine Kalorie ist die Wärmemenge, die imstande ist, die Temperatur von einem Liter Wasser um einen Grad Celsius zu erhöhen. Die Nahrungsmittel gehen im Körper eine Verbindung mit Sauerstoff ein, sie verbrennen und erzeugen dadurch Wärme, die Körperwärme. Man kann deshalb den Nährwert eines Nahrungsmittels nach der Wärmemenge berechnen, die es beim Verbrennen erzeugt, und so alle die verschiedenen Nährstoffe gewissermaßen auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Dieser gemeinsame Nenner ist eben die Kalorie. Ein Gramm Fett zum Beispiel genügt, um einen Liter Wasser um ungefähr neun Grad Celsius oder neun Liter Wasser um einen Grad Celsius wärmer zu machen. Ein Gramm Fett stellt daher circa 90 Kalorien dar.

Jetzt lebt Frau B. von Armenunterstützung, auf die sie völlig angewiesen ist. Die Eisenbahn hat sie nur einmal in ihrem Leben benutzt, „nur einmal fuhr sie zu kurzem Besuch von Verwandten nach Hanau, das mit der Eisenbahn in Dreiviertelstunden bequem zu erreichen ist“. „Ganz in der Nähe ihrer Vaterstadt liegen Deutschlands schönste Gauen; sie hat sie nie durchwandert. Nur eine Stunde braucht man, um an den Rhein zu gelangen, sie hat ihn nie gesehen!“ Aber auch von dem, was die Stadtmauern umschließen, hat sie wenig gesehen. Auf alle Fragen des Gelehrten stets ein „Nein“ als Antwort! Nur einmal war Frau B. „im Theater!“ — „Konzerte und Museen, Palmengarten und Zoologischer Garten sind ihr fremd!“ Das war ihr Leben! Arbeit! Jetzt ist sie meist an das Zimmer gefesselt. „Im Winter geht sie bald nach, Eintritt der Dunkelheit ins Bett, um Licht und Heizung zu sparen!“

Die großen Dichter unseres Volkes kennt Frau B. „nur dem Namen nach“, sie las gerne — Romane, „die aus dem Leben gegriffen sind“. So lebt sie dahin!

Im Eingang seiner Schilderung bemerkt der Gelehrte: „Die Zahl derer, die dasselbe Leben führen wie diese Frau, ist Legion! Frau B. repräsentiert einen Typus; und das Typische interessiert immer!“ Und zum Schluß des interessanten Artikels heißt es: „Ich nahm Abschied von der Greisin und ging. — Doch als ich dann kurz nach Feierabend die endlos lange Vorstadtstraße wieder zurückfuhr und von der Arbeit erschöpfte Männer und Frauen mit schweren Schritten an mir vorüberzogen, da wurde mir klar: Ein anderes ist es, in beschaulicher Ruhe zurückzublicken auf ein Leben, das uns zu wünschen nur wenig übrig ließt!“

Sehr wahr! Frau B. führte bis ins Greisenalter den schweren Kampf ums Dasein! Freudlos war ihre Jugend, ihre Ehe, ihr ganzes Leben. Hunger und Arbeit! Das Budget einer armen Frau spiegelt das harte, trostlose Schicksal von Millionen wieder.

Ed. Graf.

Notsignale in der Textilindustrie.

Die Not klopft an die Türen des Textilproletariats. Bald wird sie in die dürftigen Wohnungen einziehen und unsagbares Herzeleid verursachen. Die letzten Jahre waren Jahre der Hochkonjunktur. Seit zwei Jahrzehnten hatte die deutsche Textilindustrie einen gleich guten Geschäftsgang nicht gekannt. Alle Zweige der Industrie partizipierten an dem Aufschwung. Neue Fabriken wurden gebaut, alte wurden vergrößert. Millionen neuer Spindeln wurden in Betrieb gesetzt. Die Zahl der in den Textilfabriken beschäftigten Personen steigerte sich um viele Zehntausende, die Zahl der Arbeitslosen ging zurück. Ganze Scharen polnischer Landarbeiter, ungarischer, italienischer, tschechischer und holländischer Proletarier wurden durch Agenten in die Industriegegenden transportiert, um an laufenden Maschinen dem industriellen Kapital dienstbar gemacht zu werden. Aber all diese Scharen genügten noch nicht. Trotz des gewaltigen Zugzugs schaffensbereiter Hände waren die Blätter der Unternehmer, die Berichte der Gewerbeinspektoren und der Handelskammern voll von Klagen über „Arbeitermangel“.

Diese „goldene“ Periode geht ihrem Ende entgegen. Auf's neue wird der industrielle Zyklus abschließen mit einer Periode des Niederganges, der Krisis. Seit Monaten schon meldeten die Fabrikantenblätter ein Nachlassen des Einganges neuer Aufträge. Das stürmische Verlangen der Käufer nach Lieferung der bestellten Waren, welches die Unternehmer sich in den letzten Jahren kaum erwehren konnten, flaute ab. Aber noch dachte niemand an eine Krisis. Die Unternehmer glaubten im Gegenteil aus jenen Symptomen erkennen zu dürfen, daß jetzt erst wirklich gesunde Verhältnisse in der Industrie sich entwickeln würden. Da kam der Krach in Amerika, die Vorgänge auf dem dortigen Geldmarkt, der Zusammenbruch vieler Geldinstitute und die Rückwirkung dieser Ereignisse auf das deutsche Wirtschaftsleben. Jetzt erst erkannten die Unternehmer, daß die Krisis bevorsteht. Wenn ihre Fachpresse noch vor wenigen Wochen schrieb: „Bricht's auch, bricht's nicht mit uns!“ so bezeichnet sie jetzt die Situation als „hochernst“ und fordert auf, sich auf die „stille Periode“ vorzubereiten.

Ganz besonders wirkt naturgemäß die amerikanische Finanzkrisis zunächst auf jene Zweige der deutschen Textilindustrie ungünstig zurück, welche in den Vereinigten Staaten ein wichtiges Absatzgebiet besitzen. Das ist vor allem in der Wolltextilbranche der Fall. Vom Januar bis September 1907 wurden aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 31017 Doppelzentner baumwollene Strümpfe exportiert. Diefem Quantum stehen 30 541 Doppelzentner gegenüber, welche nach den übrigen Ländern ausgeführt wurden. Die Vorgänge in Amerika konnten die deutsche Wolltextilerei nicht unberührt lassen.

Die Wirkungen zeigen sich zunächst im sächsischen Erzgebirge, dem größten Produktionsgebiet der deutschen Wolltextilerei. Wohl wird noch immer fleißig gearbeitet. Trotzdem sieht es sehr bedenklich aus, vor allem in der Strümpfbranche; Nachfrage gibt es fast gar nicht mehr. Es sind alte Aufträge, deren Ausführung die Unternehmer noch auf Monate hinaus beschäftigen wird. Aber die Abnehmer bereuen, sich so weit eingedeckt zu haben. Jede Unpünktlichkeit in der Lieferung, jeder sonstige kleine Mangel führt zur Annullierung der Aufträge und zur Zurücksendung der Waren. Die Folge ist eine recht eifrige Tätigkeit in der Wolltextilfabrikation. Man drängt und treibt, um nur ja die gewonnenen Aufträge rechtzeitig zum Versand zu bringen.

* G. Schnapper-Arndt, „Vorträge und Aufsätze“. Herausgegeben von Dr. Zeitlin. Tübingen 1906.

Die Unternehmerpresse lästet sich nicht mehr über die Situation. Sie sagt offen, daß die Zeit nicht mehr fern sei, in welcher die Arbeit nicht mehr Hände brauche, sondern die Hände Arbeit suchen. Und schon tritt das um feinen Profit besorgte Unternehmertum an die Arbeiterschaft heran und will ihr Reduzierung der Löhne anbieten. Die Löhne der erzgebirgischen Wirker sollen bis zu 20 Prozent herabgesetzt werden! Es gehört die ganze der Kapitalistenklasse eigene Menschenverachtung dazu, um in einer Zeit skandalöser Lebensmittelteuerung einer gedrückten Arbeiterschaft ein solches Ansuchen zu stellen.

Im Erzgebirge werden in der Wirkerlei gegen 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. In früheren Jahren wurde die Arbeit zumeist im Hause verrichtet. Heute ist das zum größten Teil anders geworden. Große Fabriken wurden gebaut. Aus den schön gelegenen Gebirgsdörfern ragen mächtige Schloten empor. Wie alle Industrien ist auch die Wirkerlei dem Wechsel der Konjunktur unterworfen. Aber wenige Industrien dürften durch die infolge der Postpolitik heraufbeschworenen Störungen so außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen worden sein wie die erzgebirgischen Wirkerleien. Furchtbar waren die durch die Mac Kinley-Bill verursachten Leiden. Erst das letzte Jahrzehnt brachte Besserung. Fastlos, in feberhafter Tätigkeit schlangen jetzt die gleichen Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Unternehmer heimten hohe Gewinne ein, und ihre Fachpresse war voll des Jubels über die „goldene Zeit“. Man braucht nur in die sonst so einfachen Gebirgsorte Thalheim, Neukirchen usw. zu gehen, und man erkennt an den prächtigen Villen und den mächtigen Fabriken, daß hier viel Geld verdient worden ist. Was Wunder, wenn auch im Arbeiter das Verlangen rege wurde, ein wenig mehr vom Ertrag seines Schaffens zu erlangen. Dieses Verlangen führte ihn schließlich in die Organisation. Die erzgebirgischen Arbeiterinnen und Arbeiter, welche so lange abseits gestanden hatten, kamen in großen Scharen, stellten sich in Reih und Glied und erlangten schließlich Lohnerböhung und den Zehnstundentag. Es war wenig, was die Arbeiter erreicht hatten. Aber sie wußten: alles, auch das kleinste Zugeständnis muß erkämpft werden und stärkt zu neuem Kampfe. Dieses wenige soll jetzt wieder genommen werden. Die Unternehmer, welche im Verkehr mit den Arbeitern vielfach noch das trauliche „Du“ anwenden, wie es umgekehrt auch der Arbeiter tut, glauben, so wie es in früheren Jahren der Krise war, werde es auch jetzt wieder sein. Der „vertrauensselige“ Arbeiter werde sich alles ruhig bieten lassen. Aber die vertrauensseligen Lohnsklaven sind jetzt selbstbewußte Menschen geworden. Sie sind erwacht zum Klassenbewußtsein und werden ihre ganze Kraft aufbieten, um das Unheil abzuwenden. Das Vorgehen der Wirkerleibesitzer muß die Textilarbeiter mahnen, sich fester um das Banner ihrer Organisation zu scharen. Die Arbeiterschaft geht ernstesten Zeiten entgegen.

Die Baumwollspinnereien, einer der wichtigsten Zweige der Textilindustrie, haben schon seit Monaten neue Eingänge von Aufträgen nicht zu verzeichnen. Sonst ist von einer Krise hier noch nichts zu spüren. Die Fabriken sind mit alten Aufträgen bis ins vierte Quartal 1908 versehen. Ähnlich sieht es in den meisten übrigen Zweigen der Baumwollbranche aus. Trotzdem ist die Lage sehr unsicher. Vor allem fürchten die Unternehmer seit dem vor kurzem erfolgten Rückgang der Rohstoffpreise einen weiteren Preissturz. Hier zeigt sich so recht, welche eine „verkehrte Welt“ doch die Welt des Kapitalismus ist. Seit Jahren jammern die Unternehmer über die hohen Baumwollpreise. Jede Lohnforderung der Arbeiter glaubten sie mit dem Hinweis auf die hohen Rohstoffpreise ablehnen zu können. Laufende Mütter, die nicht wissen, wie sie das Geld für die benötigten Hemden, Schürzen, Jacken und Strümpfe ihrer Kinderchen aufzutreiben sollen, sehnen die Zeit herbei, wo die Baumwollstoffe wieder billiger werden — die Unternehmer aber sehen mit Grauen dieser Zeit entgegen, weil ein weiterer Preisrückgang den Bankrott zahlreicher Unternehmungen zur Folge haben und den Hereinbruch der Krise beschleunigen müßte.

Sehr schlimm sieht es in der Tuchindustrie der Lausitz aus. Hunderte Webstühle stehen still. Hunderte Arbeiter wurden entlassen, andere Hunderte arbeiten „kurze Zeit“. Glücklicherweise, wer in der Zeit der guten Konjunktur einige Mark zurücklegen konnte. Aber schnell werden sie aufgezehrt sein, und der Mangel wird den gedrückten Proletariern den letzten Rest von Lebensfreude rauben. In dieser Zeit der hereinbrochenden Krise wird es doppelte Pflicht der Arbeiterinnen und Arbeiter, fest zu ihrer Organisation zu stehen, ihr neue Streiter zuzuführen, sie zu stärken und zu kräftigen. Wenn erst die Krise in voller Schärfe eingestuft hat, wenn der Hunger den brutalen Krieg der Konkurrenz unter den Arbeitern entfesselt, wenn der Kapitalist die Konkurrenz unter den Arbeitern in seinem Interesse auszunutzen, die Arbeitsbedingungen zu diktieren und den Lohn zu kürzen sucht; dann wird sich zeigen, daß die Berufsorganisation mit ihren Unterstützungseinrichtungen und ihren Kampffonds sehr wohl den Proletariern einigermaßen zu schützen vermag. Auch in der Zeit der Krise muß der Gedanke der Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten sich durchsetzen. Die Laufenden neugewonnenen Mitglieder müssen erfüllt werden vom Geiste des Sozialismus. Sie müssen erzogen werden zu bewußten Gliedern der großen Armee, welche eine Ordnung erstrebt, die die Krisen mit ihrem Jammer und Elend unmöglich macht. Mögen besonders unsere Frauen und Mädchen ihre ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen. Die Arbeiterinnen der Textilindustrie haben bewiesen, daß sie auch unter den mißlichsten Verhältnissen, im Kampfe gegen einen brutalen, vor keinem Mittel zurückschreckenden Feind die Organisation zu halten und zu kräftigen imstande sind. Der

Name Grimmitzschau ist Beweis. In den kommenden Tagen darf es kein Kasten geben. Schließen wir unsere Reihen! Gebrauchen wir die Schwerter, die unsere großen Vorkämpfer uns geschnitten haben. Arbeiten wir, lernen wir, kämpfen wir!

Wer eine Jung' hat und spricht nicht,
Wer eine Kling' hat und sieht nicht,
Was ist der wohl, wenn ein Wicht nicht?

D. Jäckel-Berlin.

Ulenbroof.*

Unser Freund Brand — so dürfen wir ihn wohl nennen, da wir seine Briefe in der Kinderbeilage gelesen und ihn daraus liebgewonnen haben — legt uns eine prächtige Weihnachtsgabe auf den Tisch. „Ulenbroof“ nennt er das Büchlein, denn in Ulenbroof, „wo Wald und Heide aneinander grenzt“, hat er sich ein stilles Plätzchen erworben, an dem er „ungestört der Natur in ihre Mäselaugen sehen und in aller Stille ihrer rastlosen Entwicklung folgen kann“. Dort hat er sich ein schlichtes Häuslein erbaut, dem er als Antwort gab: „Lat mi tofreden!“ Ringsherum wurde dies und jenes angepflanzt, um entweder zur genaueren Beobachtung zu dienen oder, wie die hellen Laubbäume, einen bestimmten Ton in die Landschaft zu bringen. Was er in Ulenbroof der Natur ablauschte, was er oft mit unsäglicher Geduld beobachtete, davon erzählt er seinen Freunden in einer Reihe von Briefen. Er beginnt im Februar mit den Vorbereitungen zu seiner Anlage, mit Pflanzen, Graben und Bauen, und in den kommenden Frühlingmonden weist er uns auf das Knospen und Werden hin, er zeigt uns im Sommer gleichsam den Höhepunkt des Kreislaufs, wenn selbst die schlichte Heide in königlichem Purpur prangt, wir beobachten mit ihm, wie die Fülle der Früchte reift, und wie dann gegen Anfang des Winters das Sterben beginnt, bis wir ihn endlich im Naufrost und im tiefen Schnee nach seinem Ulenbroof begleiten. Jeden seiner zwölf Briefe weiß der Verfasser zu einem Kapitel zu gestalten, aus dem wir, seine jungen und alten Freunde, irgend ein besonderes Gebiet der Naturbeschreibung näher kennen lernen.

Die Art, in der Brand zu uns spricht, ist nicht die ermüdende, im schlechten Sinne schulmeisterliche, das heißt langweilige, wie wir sie leider in einer großen Anzahl belehrender Bücher finden; nein, Ulenbroof ist mit dem Herzen geschrieben und geht zu Herzen. Gibt uns der Verfasser doch weit mehr als eine Reihe zoologischer und botanischer Kenntnisse. Gewiß, solche Kenntnisse gibt er uns auch, aber seine Gedanken suchen die äußeren Geschehnisse zu durchdringen, wollen die Jugend, für die das Buch in erster Reihe geschrieben ist, zum Nachdenken über die sie umgebende Welt führen und bieten ihr so in der Tat eine große Reihe von Anregungen, die ihr not tun. Wie gut weiß er uns die Torheit des Aberglaubens vorzulegen und zu stellen, zum Beispiel wo er vom Steinläuzchen (Taschenhuhn) erzählt; wie nimmt er sich der Unbedeutendsten, der Geächteten unter den Lebewesen an (siehe S. 31 unten oder S. 42 von den Schlangen); ernst und tadelnd äußert er sich über das Sammeln der Kibitzler, über die Sammelwut der Kinder, das „Schließen“ und „Anlassen“ ohne Sinn. Weit ist auch seine Auffassung, wo er darüber spricht, wie die Menschen so töricht den Wert der einzelnen Geschöpfe nur danach messen, inwiefern sie ihnen nützlich oder schädlich sind. Solche tödlichen Abschweifungen finden wir in dem Buche oft, und wenn wir das Ganze durchgelesen haben, wissen wir, warum sie gemacht worden sind, und daß uns Freund Brand seinen ganz bestimmten Weg gehen heißt.

Im Kreislaufe des Jahres schließt sich an die Zeit des Knospens der Pflanzen und des Liebeswerbens der Vögel die Zeit, da aus der Blüte die Frucht, da aus dem Ei das Vögelchen wird. Ernst und innig spricht da der ältere Freund zu der Jugend von dem „Werden“, von dem tiefen Sinn der Fortpflanzung der Arten, er beginnt mit dem Ruchstrach, wo aus Blütenstaub und Fruchtboden, gleichsam aus Vater und Mutter, die kleine Raupe entsteht, er geht zu dem Tierreich über, wo dem Kinde das Ei und das Küchlein bekannt wird, so daß es gerne wissen möchte, wie und woraus das kleine Lebewende wird; Brand sagt es dem Kinde, daß auch beim Säugetier und beim Menschen ein ähnliches Werden vorliegt. Wieder und wieder, bei Pflanze, bei Tier und Mensch läßt er es ehrfürchtig kniend vor dem, was als großes Rätsel erscheint, vor dem Leben. Das alles ist so rein und groß dargestellt, daß jedes unverdorbene Kind die betreffenden Ausführungen mit Ehrfurcht lesen wird. Neben diesem sehr bedeutenden Kapitel (S. 20—29 „Als alle Knospen sprangen“) hebe ich noch besonders hervor „Der Kampf ums Dasein“ (S. 45 ff.) und „Natürliche Zuchtwahl“ (S. 55 ff.). Beide Kapitel stehen in innerem Zusammenhang; denn durch den harten Kampf ums Dasein werden von den Millionen und Milliarden Keimen zu Lebewesen nur die lebensfähigsten ausgewählt. In dem Kapitel über die Zuchtwahl werden die Hauptgedanken der natürlichen Schöpfungsgeschichte und der Entwicklungslehre soweit kurz behandelt, als Kinder befähigt sind, sie aufzunehmen. Das sind nur einige Beispiele aus dem reichen Schatz der Anregungen, die in „Ulenbroof“ geboten sind, und vieles gleich Gute muß unerwähnt bleiben. Das Lesen der Brandschen Briefe sei allen empfohlen, die, ob alt ob jung, Freude an der Beobachtung der Natur haben, und wenn von den Lesern das Buch mit dem Wunsch aus der Hand gelegt wird: „Wir wollen auch solch ein Ulenbroof haben“, so wird das dem Verfasser der beste Dank und zugleich Aufforderung sein, seinen Freunden auch weiterhin beratende Briefe zu schreiben.

Elisabeth Hartmann-Harder.

*Brand, Ulenbroof, Verlag der Buchhandlung Sornow, Berlin. Preis 1,50 Mk.

Wahlreformen und Frauenstimmrecht in Oldenburg.

Das Großherzogtum Oldenburg steht in dem keineswegs wohlverdienten Rufe, liberal regiert zu werden. Denn nur die schwärzeste preußische Reaktion, die sich in der nächsten Nachbarschaft des Landes gar zu aufdringlich bemerkbar macht, läßt die Oldenburger Verhältnisse relativ rosig erscheinen, viel rosig, als sie in Wirklichkeit sind. So kennt Oldenburg allerdings kein Herrenhaus und kein Zweikammersystem; aber wenn es auch im Lande keine herrschenden Junker gibt, so sind die das Regiment führenden Großbauern nicht weniger waschechte Agrarier und Reaktionäre als diese, wenn sie sich auch zum Teil liberal nennen. Gewiß ist das oldenburgische Landtagswahlrecht besser als das preussische, da es kein Klassensystem kennt und allen Staatsbürgern gleiches Stimmrecht gewährt. Aber bei den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes und dem auf lange Zeit hinaus festgelegten Überwiegen der großagrarisches, sehr gut situierten Bauernschaft ist der Regierung auch ohne Dreiklassensystem eine agrarische Landtagsmajorität sicher. Das aber selbst dann, wenn an die Stelle des indirekten Wahlrechts das direkte treten sollte, wie es der Gesehentwurf vorsieht, der von der Regierung der Kammer vorgelegt worden ist.

Dieser Gesehentwurf darf nicht zu hoch eingeschätzt werden. Das indirekte Wahlrecht bietet nämlich der oldenburgischen Reaktion keinen besonderen Vorteil mehr. Auch bei seinem Fortbestand ist die Eroberung der fünf Delmenhorster Mandate durch die Sozialdemokratie bestimmt zu erwarten. Ebenso droht besonders in Delmenhorst das bestehende Gemeindevahlrecht der Regierung gefährlich zu werden, indem ein Sieg der sozialdemokratischen Stadtverordnetenliste bei der nächsten Wahl in sicherer Aussicht steht. Es hat also die oldenburgische Regierung keine große Überwindung gekostet, dem Landtage zwei Gesehentwürfe vorzulegen, deren erster das direkte Landtagswahlrecht bringt, während der zweite das Proportionalssystem bei den Kommunalwahlen einführen will.

Die Absicht, die bei der Einbringung des letzteren Gesehentwurfs die Regierung leitete, verrät sich darin, daß in Delmenhorst die Stadtverordnetenwahlen bis zur Einführung des Proportionalsystems verschoben worden sind, um einen durchschlagenden Sieg der Sozialdemokratie unter dem bestehenden Wahlsystem zu vereiteln. Daß man auch mit der Einführung des direkten Landtagswahlrechts reaktionäre Geschäfte machen will, geht daraus hervor, daß das Wahlrecht von einem mindestens dreijährigen Aufenthalt im Großherzogtum Oldenburg abhängig gemacht werden soll. Bei der geringen räumlichen Ausdehnung des Landes und der Fluktuation der Arbeiterschaft zwischen Bremen, Delmenhorst, Bant, Wilhelmshaven, Nordenham und Emden bedeutet das eine umfangreiche Rechtslosigkeit der Industriearbeiter und eine Bevorzugung der Agrarier und Kapitalisten. Bisher war der Besitz des Wahlrechts nur an die oldenburgische Staatsbürgerschaft gebunden, deren Erlangung von der klassenbewußten Arbeiterschaft natürlich nicht versäumt wurde. Auch die Wahlkreisgeometrie, welche die Agrarier in unerhörter Weise begünstigte, macht sich in dem neuen Gesehentwurf fast noch krasser breit, als unter dem bisherigen Wahlsystem.

Daß unter diesen Verhältnissen die fälschlich liberal titulierte Oldenburger Regierung gar nicht daran denkt, das Frauenstimmrecht bei den Landtags- und Kommunalwahlen einzuführen, liegt auf der Hand. Nichtsdestoweniger haben die Frauen — und man kann ruhig sagen, nur die Frauen des Proletariats — eine rege Agitation für das Frauenstimmrecht anlässlich der Wahlreform entfaltet. Diese Bewegung ging aus von dem Frauenbund Rüstringen — Rüstringen ist die Gesamtbezeichnung der oldenburgischen Vororte von Wilhelmshaven —, dem vornehmlich Arbeiterfrauen angehören, und der sonst nur lokale und wirtschaftliche Zwecke verfolgt. In der bürgerlichen Presse wird dieser Frauenbund gewöhnlich als sozialdemokratisch bezeichnet, weil die Männer der ihm angehörenden Frauen der Mehrzahl nach in der modernen Arbeiterbewegung stehen. Der Frauenbund ist jedoch keine sozialdemokratische Organisation, er ist vielmehr dem bürgerlichen Verband für Frauenstimmrecht angeschlossen und hatte sich mit der Bitte um Überweisung tüchtiger Rednerinnen und Übernahme der Agitation an dessen Vorstand gewandt. Der Frauenbund wollte dadurch auch die bürgerlichen Frauen zur Bewegung heranziehen und namentlich der von „liberaler“ Seite zu erwartenden Ausrede die Spitze abbrechen, daß es sich „nur“ um sozialdemokratische Parteinteressen handele. Der Verband sandte die Damen Lida Gustava Heymann und Martha Jiez aus Hamburg, die in den größeren Städten und Orten Oldenburgs in bürgerlichem Sinne für die Einführung des Frauenstimmrechts sprachen.

In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die den Landtag aufforderte, für die beiden Petitionen der Frauen um Einführung des Frauenstimmrechts für Landtags- und Kommunalwahlen einzutreten. Obwohl die Rednerinnen es an Ausfällen gegen die Sozialdemokratie nicht fehlen ließen, stempelten doch die wenigen „liberalen“ Politiker, die zu den Versammlungen kamen, die Bewegung zu einer rein sozialdemokratischen, um sie dadurch bei der indifferenten Masse anzuschwärzen. In Jever erklärten sich zwei Blockbrüder direkt gegen das Frauenstimmrecht, und in Oldenburg-Stadt äußerte der freisinnig-volksparteiliche Reichsverbändler Meyersbach, daß die Agitation für das Frauenstimmrecht schon dadurch einen sozialdemokratischen Beigeschmack erhalten habe, daß sie sich eines Saales

bediene, in dem sonst Sozialdemokraten verkehrten. All das und nicht zum wenigsten die ganz geringe Beteiligung der bürgerlichen Frauen an den Versammlungen zeigt, daß von bürgerlicher Seite aus dem Frauenstimmrecht in Oldenburg kaum ein Interesse entgegengebracht wird. Bezeichnend hierfür ist, daß ein vielgelesenes liberales Blatt die für die Forderung eintretenden Frauen als „verschrobene Frauenzimmer“ bezeichnete. Mit dem Hinweis auf den „sozialdemokratischen Beigeschmack“ wollen die Liberalen nur ihre Lauheit demänteln oder ihre direkte Gegnerschaft gegen das Frauenstimmrecht, die sie nur nicht öffentlich auszusprechen wagen. Angesichts der Situation und dem ganzen geschichtlichen Untergrund der Frage entsprechend wäre es richtiger gewesen, wenn die Agitation für das Frauenstimmrecht, als eine Forderung, die doch nur von der Sozialdemokratie ernst genommen wird, auch direkt von der Sozialdemokratie geführt worden wäre. Wie verlehrt das Segeln im bürgerlichen Fahrwasser war, zeigte sich besonders offensichtlich am 26. November in Heppens in einer Versammlung, die nicht nur als Demonstration für das Frauenwahlrecht, sondern auch für die Einführung des direkten, geheimen, gleichen und allgemeinen Wahlrechts in Preußen gedacht war. In dieser Versammlung wandte sich die Referentin, Fräulein Martha Zieh, direkt gegen die Sozialdemokratie, obwohl die Versammlung fast nur von Anhängerinnen und Anhängern der Sozialdemokratie besucht war!

Die oldenburgische Regierung hat zwar bis jetzt noch nicht Stellung zu den Petitionen betreffend Einführung des Frauenstimmrechts genommen, welche dem Landtag eingereicht worden sind. Jedenfalls steht aber schon jetzt so viel fest, daß sie für die Forderung nicht zu haben ist. Auch die agrarische Landtagsmajorität steht ihr ablehnend gegenüber. Die in der Presse kursierenden optimistischen Nachrichten über eine bevorstehende weitgehende Wahlrechtsreform rühren daher, daß man außerhalb Oldenburgs die Regierung und die bürgerlichen Parteien des Landes für viel liberaler einschätzt, als sie in Wirklichkeit sind. Bei näherem Zusehen enthüllt sich der ganze oldenburgische Liberalismus als ein sadenscheiniger Scheinliberalismus, hinter dem sich eine kapitalistisch-agrarische Reaktion verbirgt, die kaum weniger schwarz ist als die preussische. Auch in Oldenburg wird es das Proletariat sein, das den Herrschenden eine wirklich demokratische Wahlreform abtrotzen muß. d. r.

Nachricht der Redaktion: Wir brauchen angesichts der Tatsachen, welche der Artikel mitteilt, kaum noch besonders zu betonen, daß der „Frauenbund“ außerhalb der proletarischen Frauenbewegung steht. Was aber eine Organisation, die sich vornehmlich aus Arbeiterfrauen zusammensetzt, in dem bürgerlichen „Verband für Frauenstimmrecht“ zu suchen hat, ist uns unerfindlich. Noch unbegreiflicher wird uns die bürgerliche Hausgenossenschaft des „Frauenbundes“, wenn seine Mitglieder tatsächlich die Frauen von Männern sind, die der Mehrzahl nach in der modernen Arbeiterbewegung stehen. Die moderne Arbeiterbewegung — die gewerkschaftliche wie die politische — bekennt sich zu dem Grundsatz des Klassenkampfes. Nach diesem Grundsatz sollten aber Proletarierinnen ebensowenig Mitglieder des bürgerlichen Verbandes für Frauenstimmrecht sein, als Proletarier Mitglieder einer bürgerlichen Partei, auch wenn sie sich liberal oder freisinnig betitelt. Uns bedünkt, daß Träger der modernen Arbeiterbewegung die Pflicht hätten, das ihren weiblichen Angehörigen klar zu machen und ihnen nachzuweisen, daß in Deutschland die Sozialdemokratie die zuverlässigste Organisation für Erlämpfung des Wahlrechts aller Frauen ist. Das um so mehr, als erst vor wenig Monaten die Vertreter der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen des kämpfenden Proletariats auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress zu Stuttgart so gut wie einstimmig beschlossen haben, daß auch der Kampf um das Frauenwahlrecht als ein Teil des proletarischen Klassenkampfes für die Demokratisierung des Wahlrechts ohne Bundesgenossenschaft mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen geführt werden muß. Hoffentlich lassen die Genossen in Oldenburg sich angelegen sein, in betreff der Erwekung und der Schulung des Klassenbewußtseins der Proletarierinnen nachzuholen, was allem Anschein nach bis jetzt veräußt worden ist. Der eifrigsten Mitwirkung der proletarischen Frauenbewegung bei diesem Bestreben dürfen sie versichert sein. Die Bemühungen zur reinlichen Scheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung dürften im Lichte der Lehren der Frauenstimmrechtskampagne besonders rasch Erfolg haben. Der Sache des Frauenwahlrechts hat das „unpolitische“ Kuddelmuddel nichts genützt, dagegen hat es unter den Massen der Frauen einer Erübung des Klassenbewußtseins Vorschub geleistet, statt dessen Klärung zu fördern. Und damit ist die Ehre zu teuer bezahlt, Versammlungen fällen zu dürfen, in denen bürgerliche Damen die Sozialdemokratie schwer anbellern.

Die Frauen und die Presse.

Überall in den Kreisen der Massenbewußten Arbeiter macht sich das Bestreben geltend, noch rühriger wie bisher für die Aufklärung der Massen zu sorgen. Zu diesem Zwecke soll die sozialistische Literatur eine größere Verbreitung finden. Daß neben Büchern und Broschüren vor allem auch die Tagesliteratur, die Zeitschrift und Zeitung, mehr gelesen werden müßte, ist einleuchtend. Die Tagesliteratur leistet ja ebenfalls ein großes und unentbehrliches Stück Aufklärungsarbeit, und das um so mehr, je mehr sie Tagesereignisse und Tagesfragen nicht bloß verzeichnet, sondern vom Standpunkt der sozialistischen Auffassung aus betrachtet, prüft und erklärt. Wie viel auch schon über die Notwendigkeit und Be-

deutung geschrieben und gesprochen worden ist, die sozialistische Tagesliteratur zu pflegen, bei den Frauen der Arbeiterklasse stoßen wir leider immer noch auf mangelndes Verständnis für diese Forderung.

Viele Frauen bekämpfen die sozialistische Presse, obwohl sie vielleicht noch mehr wie der Mann den Ernst des Lebens kennen lernen und unter dem Drucke zu leiden haben, der dank der kapitalistischen Ordnung auf der arbeitenden Klasse lastet. Sie haben keinen Sinn für ernste, aufklärende Lektüre, sondern finden mehr Freude an den Klatsch- und Tratschgeschichten der bürgerlichen und der sogenannten unparteiischen Presse. Wenn gar die betreffenden Blätter billiger sind wie die sozialdemokratische Zeitung und noch dazu mehr — Papier liefern als diese, dann sind das für manche Frauen durchschlagende Gründe, dem Manne dafür zuzusehen, daß er das sozialdemokratische Blatt abonniert hat. Und zu oft noch steigt im Streite der Meinungen darüber die Frau. Die sozialistische Zeitung kommt nicht in das Haus oder kommt wieder aus dem Hause. Das ist gewiß sehr betrüblich, aber ist stets nur die Frau dabei die Schuldige? Meiner Ansicht nach trägt meist wohl auch der Mann einen großen Teil Schuld daran, daß dem so ist. Er hat verabsäumt, sein Weib aufzuklären.

Viele Frauen sind noch in rückständigen Anschauungen aufgewachsen, denken nur über die häuslichen Sorgen nach und können nicht die Wurzel der Übel erkennen, unter denen sie seufzen. So kommt es, daß ihnen auch der Blick dafür fehlt, daß die sozialdemokratische Tagespresse ein Erziehungsmittel der Massen ist und eine Waffe im Kampfe für ihre bessere Existenz, wie ihre einzige Befreiung. Der Mann, der eher darüber ausgeklärt wird, muß der Frau die Bedeutung der sozialistischen Presse klarzulegen suchen. Oft kann man aber hören, daß, wenn hierauf das Gespräch kommt, der Mann kurz und barsch seinem Weibe erklärt: „Das versteht du nicht!“ Ist es da noch ein Wunder, daß viele Frauen so wenig Interesse und Sympathie für die sozialdemokratische Presse zeigen? Wer nicht versteht, seine Frau aufzuklären, so daß auch sie politisch denken lernt, der überläßt ihr auch meist die Wahl der Zeitung — um des lieben Friedens willen! Wäre dem nicht so, so würde es ja unmöglich sein, daß in so vielen Arbeiterfamilien noch Zeitungen gelesen werden, die unter dem Deckmantel der „Unparteilichkeit“ und des „unpolitischen Charakters“ den Arbeiterinteressen feindlich gegenüberstehen und das geistige Leben der Massen verbümmern und vergiften. — Gewiß ist es nicht immer leicht, die Frau zum politischen Verständnis zu erwecken. In recht vielen Fällen hält das aber auch gar nicht so schwer, wie der Mann denkt. Es gehört nur vor allem seinerseits der gute Wille und liebevolle Geduld dazu. Notwendig ist auch, daß der Mann den Idealen, für die er Verständnis und Sympathie erwecken will, selbst konsequent dient und seine Handlungen mit seinen Worten in Einklang bringt!

Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse tut die weiteste Verbreitung der sozialdemokratischen Presse dringend not. Die groznhafte Kapitalistenklasse, unterstützt durch die gesamte bürgerliche Presse und die beherrschenden Organe, sucht jedes Vormarschstreben der Arbeiterklasse niederzuhalten. Ihr Profit soll nicht geschmälert, ihre Herrschaft nicht bedroht werden. Große Aussperrungen und Streiks lassen die Schärfe des wirtschaftlichen Klassenkampfes erkennen, die Existenz des „Hottentottenblocks“ und seine reaktionären Leistungen beleuchten, ebenso wie der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, wie sehr sich das politische Ringen zwischen der ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen zugespitzt hat. Mit allen Mitteln und auf allen Gebieten suchen die herrschenden Klassen das Proletariat an seinem Vorwärtsdrängen zu hindern. Und da sollte dieses ruhig, tatenlos zusehen?! Nein! Es muß Waffen schmieden, damit es seinen Befreiungskampf siegreich durchföhrt. Es muß die alten, bewährten Waffen neu schärfen und besser gebrauchen. — Eine unserer wichtigsten Waffen ist die Presse! Die sozialdemokratische Presse ist für ihre Verbreitung, wie wir zeigten, zum großen Teil auf das Verständnis der Frauen angewiesen. Genossen, klärt die Frauen politisch auf, damit es ihnen nicht an Verständnis und Sympathie für die sozialdemokratische Zeitung mangle. Und ihr Frauen, die ihr unter der heutigen Gesellschaftsordnung am meisten zu leiden habt, an euch richten wir die Mahnung: Leset keine andere Zeitung als die sozialdemokratische, lest die sozialdemokratische Presse, das heißt eure Presse! E. Lüdke.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Ende November und Anfang Dezember referierte Genossin Wackwitz-Dresden in zwei öffentlichen Versammlungen zu Jilkirch-Grasentaden und Schiltigheim, die beide sehr gut besucht waren. In der Versammlung zu Jilkirch-Grasentaden, die für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Elbäffischen Maschinenbau-Gesellschaft stattfand, waren die Frauen in so großer Zahl vertreten, wie noch in keiner Versammlung vorher. Genossin Wackwitz hielt ein Referat über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Debatte schloß sich Genosse Schulenburg den Ausführungen der Referentin an und teilte unter anderem mit, daß die Arbeiter der Elbäffischen Maschinenfabrik einen großen Prozentsatz zu den Lungenkranken stellen. Nachdem noch Genossin Wackwitz die Anwesenden aufgefordert hatte, die Arbeiterpresse zu lesen und sich zu organisieren, verpflichteten sich die Anwesenden einstimmig durch eine Resolution, der Organisation beizutreten und mit aller Energie für sie zu werben. Die Resolution fordert ferner die Ver-

waltungsjahre des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf, unverzüglich mit der Direktion der Elbäffischen Maschinenbau-Gesellschaft in Verbindung zu treten, damit in kürzester Zeit die jetzt herrschende langfristige Lohnzahlung in die mindestens vierzehntägige umgewandelt wird. Der Versammlung wohnten auch Gegner bei, jedoch meldete sich keiner zum Wort. — In Schiltigheim waren die Frauen gleichfalls zahlreich in die Versammlung gekommen. Genossin Wackwitz referierte hier über „Die Verelendung der Massen und die Interessenpolitik der herrschenden Kapitalistenklassen“. Ihre Ausführungen machten auf die Versammelten großen Eindruck und lösten wohlverdienten Beifall aus. In der Diskussion wurden Mißstände in den einheimischen Fabriken zur Sprache gebracht. Genosse Ziegler machte auf die mangelhaften Lohnverhältnisse in der Elbäffischen Konservenfabrik aufmerksam, und ein anderer Diskussionsredner meinte, daß diese Fabrik nicht umsonst stetig in den Zeitungen nach Arbeiterinnen annonciere. Man suche die Arbeiter mit „Böhläten“, wie „Gewinnbeteiligung“ oder Arbeiterwohnungen, über ihre Lage hinwegzutäuschen, aber sie würden sich nicht für die Dauer von der Organisation abhalten lassen. Weiter wurde mitgeteilt, daß sich ein Vorarbeiter der Stärkefabrik Schaub Sohn nicht scheut, dann und wann eine Arbeiterin zu verprügeln, und daß in der Farbenfabrik Osinger der Betrieb über Mittag nicht verlassen werden darf. In allen diesen Fabriken, sowie in der Steinfabrik Henrich müßten trotz der enormen Lebensmittelverteuerung Familienväter für Löhne von 2,80 Mk. bis höchstens 3,50 Mk. pro Tag ihre Kräfte überanstrengen. Die Diskussion förderte noch weitere abentheuerliche Mißstände in Schiltigheimer Betrieben zutage. Hoffentlich haben die Versammlungsteilnehmer und Teilnehmerinnen angesichts dieser Zustände den Appell der Referentin beachtet, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen und die „freie Presse“ zu abonnieren. F.

Jahresbericht der Genossinnen des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises. Die Genossinnen des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises sind mit den Genossen zusammen organisiert. Sie arbeiten mit ihnen Hand in Hand und sind verpflichtet, alle Veranstaltungen der Organisation zu besuchen. Außer den letzteren fanden im Berichtsjahr 6 öffentliche Frauenversammlungen statt. In den wichtigsten davon wurde über das Kinderschutzgesetz, das Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz sowie über das Unfallversicherungsgesetz referiert. Über die erste Hilfe bei Unglücksfällen hielt Herr Dr. Kretschmann einen belehrenden Vortrag. Alle Versammlungen waren gut besucht. Die Genossinnen unterzogen sich sämtlichen Parteiarbeiten. Bei den Vorarbeiten zur Reichstagswahl waren sie tüchtig mit tätig; während der Stichwahl im fünften Kreis verteilten sie auf Straßen und Plätzen Tausende von Flugblättern. Während die Gegner Schullinder beschäftigten, agitierten für den sozialdemokratischen Kandidaten Frauen. Das wurde allgemein als großer Fortschritt der Partei begrüßt. Zur theoretischen Schulung der Genossinnen hielt Genossin Dunder mehrere Unterrichtskurse über die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie ab. Die Unterrichtskurse fanden aller 14 Tage in verschiedenen Stadtteilen des vierten Kreises statt. Die organisierten Genossinnen unternahmen einen Ausflug nach dem Konsumverein „Vorwärts“ und einen nach dem Frauengenerationsheim der Ortskrankenkasse Dresden „Alt-Wettinshöhe“ in Jitschewitz. Die Kinderschutzkommission, die sich aus Genossinnen der drei Dresdener Kreise zusammensetzt, hatte außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wird doch das Kinderschutzgesetz in dem industriereichen Sachsen sehr oft umgangen. Ein ausführlicherer Bericht über die Tätigkeit der Kommission wird demnächst in der „Gleichheit“ veröffentlicht werden. Als die Milch im Preise stieg, bildete sich eine Kommission von Frauen, die Milchlieferanten ausfindig machten, welche zum alten Preis verkauften. Die Bestrebungen der Genossinnen, die Dienstboten zu organisieren, haben mittlerweile zum Erfolg geführt, wie die „Gleichheit“ schon berichtet hat. Zum Schluß sei Genossin Dunder, die jetzt nicht mehr in Dresden wohnt, für ihre aufopferungsfreudige Tätigkeit in unserem Kreise gedankt. Sie hat durch ihre lehrreichen Unterrichtskurse so manche Proletarierin zur Genossin erzogen. Frau Luhe.

Jahresbericht der Genossinnen des Wahlvereins Bant-Wilhelmshaven. Die Zahl der organisierten Genossinnen hat gegen das Vorjahr leider keine Steigerung erfahren. Schuld daran trägt neben der wirtschaftlichen Depression die sehr große Gleichgültigkeit, die die Genossen der Frauenbewegung gegenüber an den Tag legen. Hoffentlich schaffen die Beschlüsse und Anregungen des Essener Parteitags hierin gründlich Wandel. Im Berichtsjahr fanden vier Versammlungen für die Genossinnen statt. Eine davon war öffentlich; Genossin Lungwitz behandelte in derselben das Thema: „Die Frau und ihre Stellung zum Staat und zur Gesellschaft“. In den anderen wurde referiert über „Die Unfallversicherung“, „Die Frau in der Geschichte“ und über „Kolonialpolitik“. Die „Gleichheit“ hatte am Anfang des Berichtsjahres 120 Abonnenten, am Schluß 170. Sie ist für das neue Jahr obligatorisch eingeführt worden. Die Einnahmen der organisierten Genossinnen, die eine gesonderte Kasse haben, betragen 463,38 Mk. und die Ausgaben 424,69 Mk., so daß ein Bestand von 38,69 Mk. verbleibt. Wenn wir auch keinen sofort in die Augen springenden Fortschritt erzielt haben, so ist doch kein Anlaß zur Resignation vorhanden. Wir werden weiter rege für die proletarische Frauenbewegung agitieren und hoffen bei unserer Arbeit auf die größtmögliche Unterstützung der agitatorisch tätigen Genossen am Orte. Dina Buchardt.

Politische Mundschau.

Mit einer schimpflichen Blamage des Liberalismus, einer beispiellosen Selbstentwürdigung der Blockmehrheit und einer brutalen Vergewaltigung der Minderheit hat die erste Lesung des Etats im Reichstag geschlossen. Auf Befehl Bülow's hat der Liberalismus geküßt und ist über den Stock gesprungen wie ein dressierter Pudel. Und wie der Falak zu tun pflegt, hat er die Kriecherei vor dem Herrn auszugleichen versucht durch brutale Gewalt gegen die Opposition.

Die ersten Tage der Staatsverhandlungen waren wenig geeignet, dem Schöpfer des Blocks Freude zu bereiten. Die Verhandlungen lesen sich wie eine Spottschrift auf das Blockprogramm des Reichskanzlers. Sie sind ein einziges Schauspiel der Uneinigkeit der Blockparteien. Gerade in der wichtigsten Frage, vor welche die Blockpolitik gestellt werden wird, in der Steuerfrage, trat der Liberalismus schroff gegen Konservative und Regierung auf. Und dazu kamen seinerseits Angriffe gegen die preussische Militärverwaltung wegen ihrer Rolle in der Moltke-Garden-Affäre und was damit zusammenhängt. Es scheint, als ob die Nationalliberalen sich in gewisser Übereinstimmung mit Bülow glaubten. So viel ist sicher, daß diese grundsätzlichen Geschichtspolitiker nicht aus tugendhafter Entrüstung über die wohlwollen-nachsichtige Behandlung der hochgestellten Homosexuellen des Gardelcorps Herrn Paasche gegen den Kriegsminister v. Einem vorstoßen ließen, der im schönsten Biedermannston immer wieder versichert, daß er von nichts gewußt hat, und daß auch heute noch nichts erwiesen ist. Offenbar handelte es sich um einen Vorstoß gegen die preussische Bureaucratie, die der Blockpolitik abgeneigt ist und lieber mit dem Zentrum rein-reaktionäre Politik machen will, als mit dem Liberalismus reaktionäre Politik, der ein Tröpfchen liberalen Oles beigemischt ist. Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben ist längst als das Haupt dieser gegen Bülow's Blockpolitik frontierenden Bureaucratenkamarilla bekannt. Die plötzliche Begeisterung der Nationalliberalen für direkte Reichssteuern erscheint im Lichte dieser Tatsache als ein taktischer Zug, um den „Vater aller Hindernisse“ unumgänglich zu machen, wie ein nationalliberales Blatt dieser Tage Herrn v. Rheinbaben genannt hat. Der Liberalismus wollte die Bülow und ihm selbst unbehaglichen preussischen Minister stürzen, um selbst einige Ministerportefeuilles, etwas greifbaren Anteil an der Macht zu erlangen. Aber Bülow hat abwinken müssen. Offenbar fühlt er sich nicht stark genug, seine Rivalen und geheimen Gegner aus der Gunst des Kaisers zu verdrängen, nicht stark genug, um mit den Konservativen anzubinden und sie zu einer Blockpolitik zu zwingen, bei welcher der Liberalismus mehr als ein paar armselige Trinkgelber gegen neue Ausnahmegesetze eintauscht. Der Dienst, den ihm der Liberalismus zu erweisen gedachte, wäre ihm zum Väterdienst geworden, der Stein hätte anstatt die Ministerfronde den Herrn selbst zerstreut. Die sehr Bülow in einer Zwangslage war, geht aus der Meldung eines Wiener Blattes hervor, daß die Herren v. Rheinbaben und v. Einem den Kanzler durch den Chef der Reichskanzlei höchst formell um seinen Schutz gegen die Angriffe der Liberalen ersucht und ihm ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben. Wollte Bülow sich nicht der Bezeichnung geheimen Einverständnisses mit den Liberalen aussetzen, war er nicht stark genug, um trotz solcher Beschuldigung über die Fronde zu siegen, so mußte er nun gegen den Liberalismus auftreten. Und nachdem es sich als aussichtslos erwiesen hatte, mit den Liberalen das Spiel zu machen, war die einzige Möglichkeit, die Bank zu halten, die, den Liberalismus recht kräftig einzuschüchtern, so daß er für geraume Zeit jedes Geläst fahren ließ, im Block mehr zu sein, als der getreue Falak der Regierung und der von den Konservativen, die an der Schüssel sitzen, gnädigt Geduldet. Dank der Charakterlosigkeit und unsagbaren Feigheit der Liberalen ist diese Spekulation geglückt. Der Liberalismus hat Kotau gemacht vor dem Sessel des Kanzlers und feiertlich auf alle Macht- und Selbstständigkeitsgelüste Verzicht geleistet. Er hat anerkannt, daß die Regierung und nicht die Parlamentsmehrheit die Politik zu bestimmen hat. Er hat sich zum geborenen Knecht der konservativen Regierung erklärt und selbst auf das Recht der Kritik an der Verwaltung Verzicht geleistet. Es ist eine Selbstentwürdigung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht, und daher ist es schließlich begreiflich, daß der Block es nicht über sich brachte, diese Leistung im Parlament durch die Sozialdemokratie rückwärtslos kennzeichnen zu lassen. So wurde denn mit Hilfe eines unentwegten deutschen Freisinn's, der die Blockpolitik unter Wahrung seiner Grundsätze mitmachen will — so sagte Herr Wiener unter unaussprechlichem Gelächter der Minderheit —, die in den Posttarifkämpfen geschändete Geschäftsordnung dazu mißbraucht, um der Sozialdemokratie das Wort abzuschneiden. Das Zentrum aber, das Gelegenheit hatte, die Blockbrüder abzustrafen, begnügte sich mit einem wohlfeilen Witz — damit wieder einmal den Beweis liefernd, daß ihm die Möglichkeit einer Versöhnung mit Regierung und Konservativen höher steht als das Interesse des Volkes.

Sonst ist aus dieser Staatsdebatte noch die Programmrede des neuen Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg zu erwähnen. Der gewesene preussische Polizeiminister suchte den Befähigungsnachweis zum Nachfolger Rosadow'sky durch Ausführungen zu erbringen, die diplomatisch um alle wichtigen Fragen der Sozialpolitik herumgingen, von dem bekannten nichtsagenden Wohlwollen für die Arbeiterklasse triefen und anstatt konkreter Angaben wohlfeile philosophisch aufgeputzte Gemeinplätze gaben. Wo er deutlicher wurde trat sofort der reaktionäre Kern der

offiziellen Sozialpolitik in Erscheinung. Die Regierung plant eine Aktion gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die sie schönklingend „Sicherung der Klassen gegen politische Bestrebungen“ benannt. Genosse David als Sprecher der Sozialdemokratie stellte diese „Sozialpolitik“ ins rechte Licht und brachte sodann einige der schillernden Seifenblasen zum Zerplatzen, die Bülow in seiner Antwort auf Bebel's Anklagerede zur Erweiterung eines genügsamen Publikums produziert hatte.

Die erste Lesung des Reichsvereinsgesetzes hat die Annahme bestätigt, daß der Freisinn voller Blocktrens sich anschickt, die Ausnahmebestimmung gegen Polen, Dänen und Gewerkschaftsbewegung zu schlucken, die der Sprachenparagraf darstellt. Der Redner der Volkspartei, Müller-Meinigen, erklärte, daß seine Partei in der Kommission eine andere, mildere Fassung des § 7 suchen wolle. Ganz beseitigen lasse der Paragraf sich nicht, denn die Polizei müsse die Möglichkeit haben, polnische Versammlungen zu überwachen. Der Freisinn ist also bereit, seinen Grundsat: Keine Ausnahmegesetze! aufzugeben. Und er erklärt es für notwendig, daß der Bürger beim Gebrauch des Vereinsrechts unter Polizeiaufsicht gestellt werde, damit er vor Mißbrauch der Freiheit bewahrt bleibe! Der Sprecher der Regierung, Herr Bethmann-Hollweg, ließ seinerseits erkennen, daß diese gar nichts dawider hat, wenn der Entwurf vom Reichstag revidiert wird — natürlich nach rechts! Er forderte indirekt, aber darum doch deutlich genug, die Konservativen auf, den Entwurf durch Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts für die Jugendlichen zu verschlechtern. Was denn die Konservativen auch prompt zugesagt haben. Um so mehr Veranlassung ist für die Arbeiterklasse, in eine energische Protestbewegung gegen den Bastard der Blockpolitik einzutreten. Bemerkenswert ist übrigens, daß außer einem gleichgültigen Antisemiten keine Partei gegen die Gleichstellung der Frauen mit den Männern im Vereinsrecht aufzutreten wagte.

Die miserable Finanzlage des Reichs hindert die nationalliberalen Flottentreiber nicht daran, in der Budgetkommission die Flottenvorlage für unzureichend zu erklären und die Regierung aufzufordern, noch um einige hundert Millionen mehr für Schiffsbauten anzusehen zu Ruh und Frommen der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten. Tzipis ist natürlich gern bereit dazu, wenn ihm nur die nötige Mehrheit garantiert wird.

Im preussischen Landtag ist der Freisinn bereitwillig auf den Vorschlag eingegangen, seinen Wahlrechtsantrag bis nach Neujahr zu vertagen; die Regierung ist nämlich noch immer nicht mit der Erklärung zu Hande, die sie dazu abgeben will. — In Sachen ist die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage der Regierung in der zweiten Kammer vorgenommen worden. Für die Vorlage ist keine der Parteien, anscheinend soll in der Kommission in der Hauptsache ein vielstufiges Pluralwahlrecht zusammengeschmiedet werden. Die Sozialdemokratie hat am Sonntag den 8. Dezember in einer imposanten Zahl von überfüllten Massenversammlungen gegen diesen Plan protestiert und das gleiche Wahlrecht für alle Großjährigen gefordert.

Vor dem Schwurgericht zu Meiningen brach die von der Ordnungspresse gezüchtete Lüge von der sozialdemokratischen Lokalevolution im Thüringen Steinbach kläglich zusammen. Der Prozeß gegen 11 „Landfriedensbrecher“ ergab kläglich, daß es sich um einen ganz unpolitischen und ziemlich harmlosen Kirnesradau handelte, den der Stellvertreter Ortschulze zudem provoziert hat. Allen Angeklagten wurden mildernde Umstände bewilligt. Hätte die Ordnungspresse, die nun ganz still geworden ist, der Anklagebehörde nicht den Gedanken suggeriert, daß die Vorgänge mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen seien, es wäre wahrscheinlich nicht einmal ein Landfriedensbruchprozeß herausgekommen, in dem bei aller verhältnismäßigen Milde der Richter immerhin Strafen verhängt werden mußten, die für die Laten der Angeklagten hart erscheinen.

Nicht besser als um die Legende von der Steinbacher Revolution steht's um die Affäre, die Ordnungspresse und Berliner Polizei im holden Verein aus der Auffindung eines Schriftenlagers russischer Revolutionäre in der Panstraße zu Berlin zu machen versuchten, in dem auch einige Parabelum-Pistolen nebst Munition lagerten. Das krampfhaft Bestreben, die deutsche Sozialdemokratie beziehungsweise den Parteivorstand in die Sache zu verwickeln, ist in jeder Richtung mißglückt, und die redseligen, von der gefälligen Polizei stets auf dem laufenden erhaltenen Ordnungsblätter sind bereits wieder verstummt.

In England hat als Antwort auf die deutsche Flottenvorlage eine Agitation auf Vergrößerung der Flotte eingeleitet — die bekannte Schraube beginnt sich wieder unendlich zu drehen. Die Regierung hat zunächst eine Vorlage auf Ausbau des nach der Nordsee gelegenen Hafens Rosyth zum Kriegshafen eingebracht.

In der russischen Duma hat eine Mehrheit von Kadetten und Oktobristen eine Ergebenheitsadresse an den Zaren beschlossen, in der gegen den Willen der Rechten das Wort Selbstherrlicher nicht vorkommt. Der Prozeß gegen die 55 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma wegen angeblicher Verschwörung gegen den Zaren ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, kaum daß er vor dem Ausnahmegericht des Senats unter Ausschluß der Öffentlichkeit begonnen hatte.

Gewerkschaftliche Mundschau.

Kurz vor dem „christlichen Friedensfest“ kommt die Kunde, daß der Arbeiterchaft wiederum ein Riesenkampf bevorsteht. Und war sind — die Textilarbeiter, die vor vier Jahren

in Grimnitzchau in heißem Kampfe ihr Weihnachten feierten, die jetzt wieder harten Dingen entgegengehen. In Krefeld haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Krauwattenbranche angesichts der Lebensmittelerhöhung eine zehnprozentige Lohnherhöhung gefordert, und da diese Forderung von den Unternehmern kurzerhand abgewiesen wurde, sind die Arbeiter von vier Betrieben, ungefähr 350 Personen, in den Ausstand getreten. Darauf hat die Krefelder Unternehmerschaft am 9. Dezember 11 000 Weber und Weberinnen ausgesperrt. Das Knallprozentum der Seidenbarone und ihr Terrorismus geht so weit, daß sie drohen, die Aussperrung auch auf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hilfsindustrie, auf Färbereien, Appreturen und Druckereien auszuweiten, falls die Arbeit innerhalb 14 Tagen nicht wieder aufgenommen wird. Und das alles wegen 10 Prozent Lohnherhöhung, die doch wahrlich bei dem Preise der Krefelder Samt- und Seidenwaren so gut wie nichts bedeutet! Vermittlungsversuche des Zentralvorstehenden des Textilarbeiterverbandes waren erfolglos; nur eine Firma hat eine Lohnaufbesserung bewilligt, für Arbeiter 3 Mk., für Arbeiterinnen 1 Mk. pro Woche. Auch die von uns schon gemeldete Lohnbewegung im Greiz-Geraer Textilbezirk scheint sich zu einem großen Ausstand auszuweiten. Die Arbeitgeber haben die Forderungen abgelehnt mit der Motivierung, daß die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage es den Verbandsfirmen zurzeit nicht gestatte, eine Lohnherhöhung eintreten zu lassen, zumal erst Anfang des Jahres eine Aufbesserung der Arbeiterlöhne stattgefunden habe. Die Bewegung erstreckt sich auch auf Leipzig, woselbst 10 Prozent Lohnaufschlag und ein Mindestwochenlohn von 28 Mk. für Spinner und von 25 beziehungsweise 15 Mk. für Sortierer und Sortiererinnen gefordert wird. Die Unternehmerorgane wimmern, daß die Arbeiter des Greiz-Geraer Bezirkes durch das unsägliche Elend, das der Streik vor vier Jahren verursacht habe — damals waren 80 000 Webstühle außer Betrieb gesetzt —, nichts gelernt hätten. Wer in seinem kapitalistischen Übermut das „unsägliche Elend“ verschuldet hat, davon ist nicht die Rede.

Mit dem Erstarren der Organisation beginnen auch Lohnarbeiter, die bisher wenig oder gar nicht von der Waffe des Streiks Gebrauch machen konnten, sich dieses Mittels zu bedienen. So die Gastwirtsgehilfen. In Hamburg haben in einem Hotel die Hotelbediener und in Berlin in einem Café die Kellner die Arbeit eingestellt, um den Arbeitgeber zum Verzicht auf die hohen Abgaben zu bewegen, die sie von ihren Trinkgeldern zu leisten hatten. In dem Berliner Café mußten die Kellner täglich 3,10 Mk. von ihren Trinkgeldern an den Wirt abgeben, also anstatt Lohn zu erhalten, hatten sie noch einen Betrag abzuliefern, der einem Lohne beinahe gleich kommt. Und was ihnen zugemutet wurde, das ist in vielen Wirtschaften die Regel. Es ist wirklich hohe Zeit, daß sich die Gastwirtsgehilfen und auch die Beihilfen gegen solche schmachvollen Zustände in ihrem Arbeitsverhältnis auflehnen. Eine Folge der verzeichneten Lohnbewegung ist es wahrscheinlich, daß der Verband der Cafeangestellten seinen Übertritt zum Verbands der Gastwirtsgehilfen vollzogen hat.

Der Fleischerverband sucht nun auch auf dem Wege des Ausstandes eine Verkürzung der Arbeitszeit für seine Mitglieder zu erwirken. Bei dem Beruf, der in dieser Hinsicht hinter anderen Gewerben weit zurückgeblieben ist, muß der Anfang mit der Festlegung einer 11 stündigen Arbeitszeit gemacht werden. In Lübeck und Geestemünde ist es gelungen, diese Forderung sowie Bezahlung der Überstunden mit 40 bzw. 50 Pf. durchzusetzen.

Das Schuhmacherefachblatt hat eine Auflage von 40 000 Exemplaren erreicht. Danach hat der Verband im laufenden Jahre eine Zunahme von rund 10 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Ein guter Fortschritt!

Die Verbände der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter streben die Gründung eines Industrieverbandes an. Vertreter der Bäcker, Brauer, Fleischer und Müller haben letzthin eine Konferenz abgehalten, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Im Prinzip wurde dem Plane der Vereinigung zugestimmt. Die Mitglieder der vier Verbände sollen nun diese Frage in ihren Mitgliederversammlungen diskutieren. Danach wird sich eine weitere Konferenz mit der Sache beschäftigen.

In Dresden war es nach dem großen Zigarettenarbeiterinnenstreik durch die Gründung einer Lokalorganisation zu einer Zersplitterung der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen gekommen. Wiederholte Bemühungen des Gewerkschaftskartells und der Parteiorganisation haben es nun dahin gebracht, daß eine Angleichung an den Tabakarbeiterverband stattgefunden hat. Eine kürzlich abgehaltene Generalversammlung hatte freilich die Einigung mit Stimmengleichheit abgelehnt. Eine darauffin beschlossene Urabstimmung brachte eine Stimme Majorität bei zwei Stimmenenthaltungen. Hoffentlich hält der mit knapper Not zustande gekommene Friede nun um so besser. #

Genossenschaftliche Mundschau.

Der siebte Kongreß der Internationalen Genossenschafts-Allianz ist Ende September in Cremona (Italien) abgehalten worden. Es war eine sehr gemischte Gesellschaft, die da zusammengelassen war. Neben Vertretern agrarisch-konservativer landwirtschaftlicher Genossenschaften, die Delegierten proletarischer Arbeiterkonsumvereine; offizielle Vertreter von acht europäischen Staaten; Minister, aktive und gegangene, als Referenten und Protokollanten des Kongresses — was will man mehr! Ganz der Zusammenfassung dieser illustren Gesellschaft entsprechen auch ihre Debatten und Beschlüsse. „Sozialismus“ beherrschte zwar

zum guten Teil den Kongress, aber ein recht eigenartiger. Der Sozialismus nämlich, der von den Wirtschaftsgenossenschaften die Erlösung der darbenenden Menschheit, die Überwindung der kapitalistischen Kultur erwartet. So klang es gleich zu Beginn, als der Bürgermeister des Kongressortes die Delegierten willkommen hieß. Und der ehemalige italienische Finanzminister Luzzatti sprach den großartigen Gedanken aus, daß Gott und der Staat den Arbeitern helfen müssen. Aber selbst demjenigen, der diese Hilfe verschmähe, bleibe doch immer mit den anderen das „Ziel gemeinsam“: die Genossenschaftsbewegung. Und der leidenschaftliche Minister Tittoni stellte die Kooperation in Gegensatz zum Klassenkampf; aus ihr solle der „soziale Frieden geboren“ werden. Man sieht, die Leute hatten schöne Worte auf der Zunge. Der bisherige Präsident der Genossenschafts-Allianz, Herr Henry Wolff aus London, aber betrat realeren Boden, als er davon sprach, daß in dem internationalen Genossenschaftsbund landwirtschaftliche und Konsumgenossenschaften einträchtig beieinander wohnen könnten, weil — die Konsumvereine den Großgrundbesitzern „ebensogut Vorteile bieten“ wie den Kleinbauern. (In der Praxis liegen in Deutschland die Dinge so, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die meist im konservativen Fahrwasser segeln, von den Arbeiterkonsumvereinen nichts wissen wollen.) Man muß schon sehr bescheidene Ansprüche an die Logik der Tatsachen stellen, um solchen Gedanken ohne Widerspruch passieren zu lassen. Es scheint aber niemand widersprochen zu haben, auch von den Vertretern der deutschen Konsumvereine nicht!

Zu lebhaften Debatten führte das Thema: „Die Genossenschaft als Helferin der arbeitenden und Landbauenden Bevölkerung im täglichen Leben“. Dem ersten Referenten, Genossen Bertrand-Belgien, schwebten die sozialistischen Genossenschaften seiner Heimat vor, denen von den belgischen Sozialisten offenbar ein bedeutender Einfluß auf die Entwicklung zur sozialistischen Ordnung zugeschrieben wird. Man kann das verstehen, ohne dieser Meinung beizustimmen, da die Genossenschaften der Arbeiter in Belgien ein integrierender Bestandteil der sozialdemokratischen Partei sind. Die Resolution Bertrands zog aber die Konsequenzen nicht; offenbar aus Rücksicht auf die neutralen Tendenzen der Konsumvereinebewegung in anderen Ländern. Die italienischen Genossen, deren Kooperationen ebenfalls sozialistisch sind, nahmen jedoch diese Rücksichten nicht. Garibotti erklärte, die Arbeiter müßten sich der Genossenschaft auch als eines „Instrumentes im Klassenkampf“ bedienen. Seine Resolution stellte allerdings merkwürdige Grundsätze auf, denn sie forderte, daß Konsumproduktiv- und Kreditgenossenschaften „wirkungsvolle Bande der Solidarität“ untereinander knüpfen sollen. Das müßte ein sonderbares „Instrument des Klassenkampfes“ werden. Wenigstens in Deutschland. Denn hier verkörpern die Kreditgenossenschaften das rückständigste und arbeiterfeindlichste Kleinbürgertum. In Italien mag das anders sein. Eine dritte Resolution wurde darauf von 29 Vertretern der bedeutendsten sozialistischen Genossenschaften Italiens eingebracht. Sie empfahl die Genossenschaften als Mittel zum Klassenkampf, Verwendung ihrer Finanzen zur Förderung der verschiedenen Formen desselben und zur Agitation für proletarische Politik. Diese Forderungen neigen schon mehr zu syndikalistischen Tendenzen. Sie wurden von Verguani, Sekretär des Gewerkschaftskartells von Reggio Emilia, vertreten. Nach seiner Meinung ist die Wirtschaftsgenossenschaft nicht nur eine, sondern die „vollkommenste und wirkungsvollste Waffe im proletarischen Klassenkampf“. Die italienischen Sozialisten, deren Auffassung in der Sache zum Worte kam, überschätzen offenbar alle miteinander die gesellschafts-umbildenden Wirkungen der Genossenschaften und ihren Anschauungen über den Klassenkampf eignet sicher nicht große Klarheit. Den rechten Instinkt für den proletarischen Charakter der Arbeitergenossenschaften haben sie aber zweifellos. Durch ihre Bestrebungen geht ein gesunder Radikalismus, der einer Verquickung mit bürgerlichen Bestrebungen durchaus abhold ist.

Die deutschen Delegierten suchten bezeichnenderweise die Situation im Interesse einer butterweichenden Neutralität zu retten. Genosse v. Elm brachte folgende vierte Resolution ein: „Der internationale Genossenschaftskongress in Cremona empfiehlt der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land die genossenschaftliche Organisation nicht nur deshalb, weil sie dadurch in materieller Beziehung sich wesentliche Vorteile verschaffen kann, sondern auch als wirksames Mittel, ihren wirtschaftlichen Einfluß innerhalb der Gesellschaft stetig zu mehren, sie immer mehr zur Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage zu befähigen und vor allem durch Eigenproduktion landwirtschaftlicher und industrieller Produkte sie allmählich wieder in den Besitz der Produktionsmittel zu setzen und damit dem genossenschaftlichen Prinzip der Solidarität gegenüber dem heute noch allgemein vorherrschenden Prinzip des Egoismus Anerkennung zu verschaffen, und dadurch gleichzeitig die allgemeine kulturelle Hebung der Völker auf der Basis der Humanität und des Fortschritts zu bewirken. Der Genossenschaftskongress in Cremona empfiehlt der arbeitenden Bevölkerung in den Industrien aller Länder nicht nur Solidarität unter sich, sondern auch gegenüber den Genossenschaften der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande zu üben, indem sie dieselben, soweit möglich, durch Abnahme ihrer Produkte zu fördern bestrebt sind. Endlich empfiehlt der internationale Genossenschaftskongress den internationalen Güteraustausch zwischen Konsumgenossenschaftlichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften aller Länder, soweit derselbe nicht durch Zollgesetze und Einfuhrschwierigkeiten gehindert ist.“

Und zur Begründung der Resolution führte er aus, jeder könne sie unterschreiben: „sowohl der sozia-

listische Genossenschaftler, der mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung nur seinem Endziel, der Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft um ein paar Schritte näher zu kommen suche, als auch derjenige Genossenschaftler, welcher durch die Kooperation gerade eben die Sozialdemokratie bekämpfen wolle.“

Man traut seinen Ohren nicht, von einem Sozialdemokraten solche „Grundsätze“ predigen zu hören. Der Kongress fand einen bequemen Ausweg aus dem Resolutions-„Labyrinth“: es wurde über keine Resolution abgestimmt. Dem Präsidenten freilich war die Glänzende Resolution die liebste; er wollte ohne Debatte über sie abstimmen lassen. Dagegen protestierten aber die Italiener. Schade um die Zeit und um das Geld, das dieser Kongress gekostet hat. Die Arbeitergenossenschaftsbewegung hat er um keinen Zoll weiter gebracht. Es sei denn, man wolle als Gewinn zwei Mandate ansehen, die deutsche Vertreter bekamen. Es wurden nämlich in den Vorstand neugewählt: Herr W. Nadehoff-Dresden, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und Genosse v. Elm.

Unermahnt soll nicht bleiben, daß auch ein Referat über „Die Frau in der Genossenschaft“ gehalten wurde. In einer Resolution empfahl der Kongress die Gründung von „Frauengilden“ nach englischem Muster. Wir kommen darauf noch besonders zurück.

Die Wollschneiderei der schottischen Großeinkaufsgesellschaft hat von der Stadt Dundee den wertvollen Auftrag der Lieferung der Wintermäntel und Sommeruniformen für die Polizeimannschaften erhalten. Damit bezeichnet das Departement in diesem Jahre bereits ihren dritten städtischen Auftrag, da auch die beiden Städte Glasgow und Gavan der schottischen Großeinkaufsgesellschaft die Lieferung der Bekleidung für ihre Polizeimannschaften übertragen haben. Hoffentlich fallen die deutschen Mittelständler nicht in Ohnmacht, wenn sie davon erfahren.

In Wien hat sich eine Einkaufsgenossenschaft für Beamte und Offiziere konstituiert. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, um insbesondere durch die Vereinigung von Produzenten und Konsumenten der verschiedenen Artikel den Mitgliedern Gelegenheit zu bieten, Bedarfsgegenstände aller Art direkt von den Produzenten und Lieferanten in entsprechenden Qualitäten ohne jede Preiserhöhung zu beziehen und die Bezahlung in Raten vornehmen zu können. Der Geschäftsanteil beträgt 10 Kr. Mitglieder des Vorstandes sind „Edelste und Beste der Nation“, Fürsten, Erzherzogen, Freiherren usw., also keine Arbeiter und Sozialdemokraten. Ein fetter Bissen für die Mittelständler! H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

In einer öffentlichen Dienstbotensammlung zu Straßburg, die am 1. Dezember stattfand, referierte Genossin Backwitz-Dresden über das Thema: „Die traurige Lage der Dienstboten, und wie können wir dieselbe verbessern?“ Die Versammlung war gut besucht; unter den Anwesenden befanden sich auch Eltern von Dienstmädchen. Die Referentin, welche ein Bild von der Lage der Dienstboten und Aufwartefrauen gab, legte besonders den proletarischen Eltern aus Herz, ihre Kinder mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. Sie wies unter anderem auch auf die traurige Tatsache hin, daß die Aufwartefrauen sich infolge des großen Angebots häufig zu unterbieten suchen. Als Mittel gegen diesen Mißstand wie gegen andere Übel, unter denen die Mädchen und Aufwartefrauen leiden, empfahl sie nach dem Vorbild anderer Dienstbotenvereine die Errichtung eines eigenen Stellennachweises. In der sehr lebhaften Diskussion verfuhrte eine Rednerin, Frau Haunschild, die sich im übrigen mit den Ausführungen der Referentin einverstanden erklärte, einen ihr bekannten Fall von Diebstahl eines Dienstmädchens zu verallgemeinern. Genossin Backwitz wies in ihrer Entgegnung auf den Fall der Fürstin Wrede hin und bemerkte, daß es auch bei Dienstmädchen krankhafte Neigungen geben könne. Herr Dr. Jäger wünschte eine eingehendere Darlegung des Zweckes der Dienstbotenorganisation. Er gab seiner Sympathie mit den Bestrebungen zur Organisierung der Dienenden Ausdruck, sowie der Meinung, daß eine Beeinflussung der Gesetzgebung zugunsten der Dienstboten nur durch diese selbst erfolgen könne. Die Referentin verbreitete sich darauf im einzelnen über die Ziele der Dienstbotenorganisation, besonders auch unter Bezugnahme auf die außerordentliche Frauenkonferenz zu Berlin. Sie zeigte, daß die Dienstbotenvereine gewerkschaftliche Organisationen seien, die mittels des Zusammenschlusses der Dienenden, Aufwartefrauen usw. die Arbeitsbedingungen der häuslichen Lohnarbeiterinnen zu bessern bemüht seien. Sie erstreben höhere Löhne, regelmäßige Lohnzahlungen, geregelte Arbeitszeit, gesunde Aufenthalt- beziehungsweise Schlafräume, anständige Behandlung, mit einem Worte: menschenwürdige Existenzverhältnisse, wozu auch, und zwar nicht an letzter Stelle, die Abschaffung der Gesindeordnungen und die Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung und die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung gehört. Die Ausführungen der Referentin fanden in der Versammlung guten Anklang. Dem bereits bestehenden Dienstbotenverein traten 12 Mädchen als Mitglieder bei.

Eine öffentliche Versammlung der Dienstboten, Aufwartefrauen, Wasch- und Reinemachefrauen von Berlin fand am 24. November statt und war gut besucht. Genossin Fahrenwald sprach über das Thema: „Unser Kampf gegen die Gesindeordnung“. Sie schilderte die Lage der Dienstmädchen, kritisierte die unbegrenzte Arbeitszeit, die oft

schlechte Behandlung und die niedrige Entlohnung. Wie erbärmlich die letztere ist, könne man erst dann erkennen, wenn man sich den Stundenlohn ausrechne. Erhält ein Mädchen 80 Taler im Jahr, so kämen auf den Monat 20 Mk. und auf die Stunde etwa 4 oder 5 Pf. Das Essen des Mädchens bestehe gewöhnlich in dem, was die Herrschaft übrig läßt. Selten dürfe ein Mädchen am Tische des Dienstherrn mitessen, selten habe es ein eigenes Zimmer oder einen anständigen Schlafraum. Nachdem die Referentin die Bestimmungen der verschiedenen Gesindeordnungen im allgemeinen besprochen hatte, empfahl sie den Dienenden warm den Anschluß an den Verein für die Interessen der Hausangestellten, der bemüht ist, die Gesindeordnung durch freie Arbeitsverträge auszuhalten. Berlin umschleße etwa 80000 bis 100000 Diensthöten; wenn diese sich zusammenschließen, würde es ihnen leicht möglich sein, ihre Verhältnisse bedeutend zu verbessern. Nicht genug könne vor dem Eintritt in die christlichen Organisationen gewarnt werden, die den Dienstboten nur Zufriedenheit predigen, anstatt für bessere Arbeitsverhältnisse einzutreten. Einige Diskussionsrednerinnen nahmen auf die außerordentliche Frauenkonferenz Bezug und kritisierten, daß der freie Arbeitsvertrag, für den der Verein eintritt, von einigen Genossinnen noch nicht anerkannt worden sei. 20 neue Mitglieder meldeten sich für den Verein.

Soziale Gesetzgebung.

Für die Aufnahme der weiblichen Hausangestellten, Hausbeamten in die staatliche obligatorische Krankenversicherung liegt dem Reichstag eine Petition verschiedener Vereine (Verband für hauswirtschaftliche Frauenbildung, Allgemeiner Deutscher Verein für Hausbeamten i. A. usw.) sowie Schulvorsteherinnen vor. Es heißt darin zur Begründung: „Den Arbeitgebern ist nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen eine sechswöchige Krankensicherung für ihre weiblichen Hausangestellten vorgeschrieben. Bei längerer chronischer Erkrankung, wie Bleichsucht, Lungenleiden, Gelenkrheumatismus und dergleichen, wird aber eine längere Krankenbehandlung und in den meisten Fällen ein Aufgeben der Stellung notwendig. In solchen Fällen sind die erkrankten Hausangestellten völlig ungeschützt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine baldige Abhilfe zu schaffen.“ Der Referent in der Petitionskommission, Genosse Ged, beantragte die Anhörung der Regierung über diese Frage. ag.

Frauenstimmrecht.

Für die Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts in Baden tritt die sozialdemokratische Landtagsfraktion ein. Sie hat die Regierung aufgefordert, zwei Gesetzesentwürfe zur Reform der Gemeinde- und der Städteordnung vorzulegen. Was die gezielte neue Gemeindeordnung anbetrifft, so soll sie unter anderem allen 21 Jahre alten deutschen Ortseinwohnern das aktive und passive Wahlrecht zu den direkt zu wählenden Gemeinderäten verleihen, die Bürgermeister mittelst des gleichen Wahlrechts zu erklären. Die reformierte Städteordnung soll allen deutschen Ortseinwohnern, die bis zum Tage der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet haben, das Wahlrecht zuerkennen für die Wahl der Stadtverordneten und Stadträte, des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister. Die Sozialdemokratie stellt mit ihrem Antrage die liberalen und liberalen „Freunde“ des Frauenwahlrechts vor die Probe aufs Exempel ihres Eintretens für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Gleichzeitig zwingt sie damit aber auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, der sozialdemokratischen Forderung und Haltung gegenüber Farbe zu bekennen. Hic Rhodus, hic salta! Es wird sich zeigen, ob die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ohne Unterschied des Geschlechts nicht bloß in der Theorie vom Frauenwahlrecht schwärzen, sondern auch für dieses unter der Führung der Sozialdemokratie tanzen können.

Wie die Sozialdemokratie und wie der bürgerliche Freisinn sich zum Frauenwahlrecht verhält, das ist kürzlich wieder einmal im oldenburgischen Parlament unzweideutig festgestellt worden. Von Seiten der Sozialdemokratie war der Antrag gestellt worden auf Einführung der obligatorischen Verhältniswahl und des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle großjährigen Personen, die mindestens ein Jahr in der Gemeinde wohnen. Von allen bürgerlich-liberalen und freisinnigen Abgeordneten stimmte nur ein einziger — noch nicht einmal für den Antrag selbst, sondern nur für seine Beratung. Ein Fall mehr, der zeigt, mit welchem Recht bürgerliche Frauenrechtlerinnen im Namen der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts „politische Neutralität“ predigen und die Unterstützung des bürgerlichen Liberalismus praktizieren, — ethisch verklärt durch Verleumdungen der Sozialdemokratie.

Das beschränkte Frauenwahlrecht hat sich bei den Kommunalwahlen in Norwegen — wie wir es gar nicht anders erwartet haben — als ein Bollwerk der Reaktion erwiesen. Die Frauen haben in ihrer großen Mehrzahl ihre Stimme für die Konservativen abgegeben. In Kristiania haben von rund 70000 Wahlberechtigten 47000 sich an der Wahl beteiligt, darunter ungefähr 20000 Frauen. Während das Wahlrecht für die Männer allgemein ist, ist das der Frauen von einem versteuerten Mindesteinkommen von 400 Kronen auf dem Lande und von 500 Kronen in den Städten abhängig gemacht. Da ist es kein Wunder, wenn das Frauenstimmrecht hauptsächlich den Konservativen zugute kommt. Während diese 1808, das heißt vor Einführung des Frauenwahlrechts, nur 5900 Stimmen auf sich

vereinigten, erhielten sie 1901 15017 Stimmen, 1904 18943 und in diesem Jahre 24561 Stimmen und 44 von den 84 Sitzen der Gemeindevertretung. Freilich, ihre Freude wird nicht ganz ohne einen bitteren Tropfen sein, denn auch die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen sind stark gewachsen, von 9517 im Jahre 1904 auf 14589 in diesem Jahre, und ihre Mandate haben sich von 23 auf 27 vermehrt. Immerhin werden die „günstigen“ Erfahrungen, welche die Reaktion in Norwegen mit dem beschränkten Frauenwahlrecht gemacht hat, die herrschenden Klassen in Deutschland jedenfalls seiner Einführung geneigter machen, um so mehr als bei der notorischen Rückständigkeit der deutschen Frauen in den höheren und mittleren Kreisen noch „glänzendere“ Erfolge als in Norwegen zu erwarten sind. Und daß es den deutschen Damen — das Gros der Frauenrechtlerinnen inbegriffen — nicht an dem bürgerlichen Klassenegoismus fehlt, haben sie reichlich bewiesen. Die Proletarierinnen können vor derartigen Danaergeschenken gar nicht genug auf der Hut sein. In Stuttgart wollte bekanntlich eine einzige englische Delegierte den Internationalen Kongress überreden, das beschränkte Frauenwahlrecht nicht als eine Verhöhnung des Prinzips der Gleichberechtigung des Geschlechts zurückzuweisen, da ein halbes Laib Brot besser als kein Brot sei. Der Wahlausfall in Norwegen zeigt, daß Genosse Burrows danach mit Recht entgegnete: „Wie aber, wenn das halbe Laib Brot vergiftet ist?“ Das beschränkte Frauenwahlrecht trägt das Gift der Reaktion in sich.

Ein Damenwahlrecht nur, kein allgemeines Frauenwahlrecht sieht der Entwurf der holländischen Regierung zur Wahlrechtsreform vor, wie wir auf unsere Anfrage von den Genossinnen des Landes erfuhren. Die Tageszeitungen hatten also in dieser Beziehung irreführend berichtet, und der Irrtum war auch in die „Gleichheit“ Nr. 23 übergegangen. Wir werden in der nächsten Nummer eine Korrespondenz unserer holländischen Genossinnen über die Angelegenheit veröffentlichen, die unser besonderes Interesse verdient. Sie ist ein Beweis mehr für die steigende Tendenz der Reaktion, im Interesse der ausbeutenden Klassen die Macht der Konservativen, der rückständigen Elemente durch ein beschränktes Frauenwahlrecht zu stärken.

Eheschließungen und Ehescheidungen.

Zur Statistik der Eheschließungen und Ehescheidungen in Baden. Der soeben erschienene 22. Jahrgang der „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden“ behandelt auch die Eheschließungen und Ehescheidungen für das Jahr 1904. Es wurden standesamtlich 15887 Eheschließungen vollzogen, das heißt 8,1 auf 1000 Einwohner.

Wird statt der Gesamtbevölkerung nur die im heiratsfähigen Alter (das heißt das männliche Geschlecht vom vollendeten 21. und das weibliche vom vollendeten 16. Jahr an) in Betracht gezogen, so kommen 14,1 Eheschließungen auf 1000 Personen im heiratsfähigen Alter. Läßt man ferner auch noch die bereits Verheirateten außer Betracht, so entfallen 31,8 Eheschließungen auf 1000 Köpfe der heiratsfähigen ledigen, verwitweten und geschiedenen Bevölkerung.

Ehescheidungen fanden im Berichtsjahr 10618 statt, nämlich 10338 durch Tod und 280 durch Scheidung. Somit vermehrten sich die bestehenden Ehen rechnermäßig um 5269. Die Zahl der Ehescheidungen ist um 19 höher als im Vorjahr. Die Gründe der Scheidung waren recht verschieden. In 109 Fällen wurde die Ehe wegen Ehebruchs geschieden, und zwar war 45 mal die Frau die Klägerin, 55 mal der Mann und 9 mal klagten beide Teile. Wegen böswilligen Verlassens wurden 28 Ehen getrennt; in 6 Fällen war Wahnsinn die Ursache der Scheidung der Ehe, in 106 Fällen unsittliches Verhalten, grobe Mißhandlung und Verunglimpfung. Richtigerklärung wegen Irrtum in den persönlichen Eigenschaften des anderen Ehegatten kam zweimal vor. In den übrigen 29 Fällen waren unsittliches Verhalten, grobe Mißhandlung und Verunglimpfung in Verbindung mit anderen Tatsachen Ursache der Scheidung. Im ganzen war 89 mal der Mann und 165 mal die Frau der klägerische Teil; in 26 Fällen klagten beide Teile. ag.

Kindersterblichkeit.

Der Kindermord in der kapitalistischen Ordnung wird durch die nachstehenden Zahlen charakterisiert, die wir dem 22. Jahrgang der „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden“ entnehmen. 1904 beträgt die natürliche Zunahme der badischen Bevölkerung 1,35 Prozent, die Sterblichkeit der kleinen Kinder weist eine Vermehrung gegen das Vorjahr auf.

Die Zahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder betrug 13746 (318 mehr), die der über 1 Jahr alten Personen 26468 (263 mehr); die ersteren machten 34,19 Prozent, die letzteren 65,81 Prozent der Gestorbenen aus (gegen 33,89 beziehungsweise 66,11 Prozent im Jahr 1903). Die Säuglingssterblichkeit ist also im Berichtsjahr wieder etwas stärker als im Vorjahr. Wie gewöhnlich war bei den Knaben die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr erheblich größer als bei den Mädchen; von jenen starben 7606 (22,34 Prozent der lebendgeborenen Knaben) und von diesen 6142 (18,81 Prozent der lebendgeborenen Mädchen). Ebenso war die Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern größer als unter den ehelichen. Von den Gestorbenen des ersten Lebensjahres waren 12351 ehelich und 1397 unehelich geboren; erstere machten 19,96 Prozent der ehelichen, letztere 29,04 Prozent der unehelichen Lebendgeborenen aus.

Die Zahl der in den ersten Lebenszeiten und in fünf, beziehungsweise zehnjährigen Altersklassen Gestorbenen, sowie

der Anteil der einzelnen Altersklassen an der Gesamtzahl der Gestorbenen erweist, daß die Unterfünfjährigen mit 42,28 Prozent, die 60jährigen und Älteren mit 29,01 Prozent, beide zusammen mit 71,29 Prozent an der Gesamtzahl der Gestorbenen beteiligt sind, das zweite Altersjahrzehnt lieferte nur 2,99 Prozent, das dritte 5,28 Prozent der Gestorbenen.

Es ist eine anerkannte Tatsache, daß die steigende kapitalistische Ausbeutung der Frau als Lohnarbeiterin von bestimmendem Einfluß auf die wachsende Sterblichkeit der Säuglinge und Kinder zarten Alters ist. Aber auch die rücksichtslose Auswucherung der väterlichen Arbeitskraft hat ihr Teil an der starken Kindersterblichkeit. Hart fronende und unterernährte Eltern, die obendrein oft mit Berufsarbeiten behaftet sind, haben nur zu oft lebensschwache Nachkommen. Die Dürftigkeit der Lebenshaltung in der proletarischen Familie, Mangel an Fürsorge und Pflege tragen das ihrige dazu bei, daß der Tod unter den Kleinen in der Arbeiterklasse reiche Ernte hält. Alle Wechselfälle des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, welche die Lebensgestaltung der Arbeiterfamilie berühren, sind daher nachgewiesenermaßen auch von Einfluß auf die Kindersterblichkeit.

Die gegenwärtige Lebensmittelkürzung und die mit der wirtschaftlichen Krise zunehmende Arbeitsverminderung vermehren in bedenklicher Weise die Unterernährung des arbeitenden Volkes und damit die Vernichtung der jungen Generation des Proletariats. Der Josttarif gehört zu den Nordwertzeugen der modernen, privilegierten Engelmacherei. ag.

Zuschrift. Laut § 11 des Pressegesetzes bitte ich um folgende Berichtigung. Es ist un wahr, daß der bürgerliche Dienstmädchenverein nur 25 Mitglieder zählt. Es sind immerhin einige Hunderte, nur Dienstmädchen, keine Scheuerfrauen. In der letzten Versammlung traten 42 neue Mitglieder dem Verein bei. Es ist un wahr, daß die „Dienstpersonal-Zeitung“ das Organ des Hamburger Hausfrauenvereins war. Er stand in keiner anderen Verbindung mit demselben, wie mit allen anderen Zeitungen, denen er Annoncen gibt. Es ist deshalb un wahr, daß der Hausfrauenverein irgend ein Mädchen veranlaßt hat, auf diese Zeitung zu abonnieren. Nun zu der ungeheuerlichen Behauptung des literarischen Diebstahls, die nur entschuldbar erscheint durch die langen Jahre, die inzwischen verfloßen sind, und die es möglich erscheinen lassen, daß Frau Zieh sich der Tatsache nicht mehr genau erinnert. Glücklicherweise existieren jedoch noch Augen- und Ohrenzeugen, die die Wahrheit feststellen können. Im Jahre 1899 und 1900 machten Frau v. S. und ich eine Enquete unter den Arbeiterinnen der Nahrungs- und Genussmittelbranche. Um allen Mißständen auf den Grund zu kommen, baten wir unter anderen auch die beiden sozialdemokratischen Führerinnen um Material und Adressen. Beides wurde uns übergeben mit der strikten Erlaubnis, das Material im Interesse der Arbeiterinnen zu verwenden. Dafür habe ich drei Zeugen. Dies habe ich getan, ich habe dies Material zusammen mit den 800 Fragebogen, die wir selbst bei den Arbeiterinnen ausgefüllt hatten, zweimal veröffentlicht, viele Mißstände dadurch aufgedeckt und schließlich in Hamburg erreicht, daß eine weibliche Gewerbeaufsichtsbearbeiterin ernannt wurde. Von literarischem Wert konnte bei dem Material von Frau Zieh keine Rede sein; es handelte sich um die Schilderung der Einrichtung einer Kaffeeverleserei. Die eine Veröffentlichung war im „Loisen“, und sie handelte von 62 Betrieben; die zweite war in der „Frauenrundschau“. Zum Überfluß hatte ich beide Male die sozialdemokratische Quelle angeführt. Der „Loise“ erwähnte dies auch; die „Frauenrundschau“ brachte jedoch die Ausführungen in sehr gekürzter Form, und so unterblieb durch die Kürzung ohne meine Schuld die Namensnennung von Frau Zieh. Ich überlasse es nun den Leserinnen der „Gleichheit“, zu urteilen, ob Frau Zieh zu ihrem Vorwurf berechtigt war, möchte sie aber warnen, denselben weiter zu verbreiten, nachdem sie von nun an nicht mehr vorgeben kann, in gutem Glauben zu handeln. Hochachtung
Julie Eichholz.

Zur Entgegnung. Frau Julie Eichholz bekundet, gelinde gesagt, eine ziemlich Portion Unvorsoretheit, indem sie die obige sogenannte „Berichtigung“ einwendet. Es ist noch nicht allzu lange her, als in der Versammlung des bürgerlichen Dienstmädchenvereins Klage geführt ward, daß zwar ursprünglich von circa 100 Mädchen der Beitritt angemeldet worden, daß aber davon nur ungefähr der vierte Teil das Eintrittsgeld und einen Beitrag entrichtet hätten. Nach Adam Riese ist der vierte Teil von hundert 25.

Was Frau Julie Eichholz über die „Dienstpersonal-Zeitung“ berichtet, ist von mir gar nicht behauptet worden. Mit keinem Wort habe ich davon gesprochen oder geschrieben, daß diese Zeitung das Organ des Hamburger Hausfrauenvereins sei. Ich habe lediglich behauptet, daß der Hausfrauenverein darin nicht nur ständig annonciert, hat, sondern daß auch von Mitgliedern dieser Organisation die Mädchen des bürgerlichen Vereins zum Abonnement aufgefordert wurden. Wenn Frau J. Eichholz, deren Gedächtnis zu gewissen Zeiten vollständig zu verfallen scheint, dies vergessen haben sollte, will ich sie an folgendes erinnern. Als verschiedene Mädchen des bürgerlichen Vereins (unter anderen, wenn ich mich erinnere, Fräulein Holländer) sich über die schreckliche Inhaltlosigkeit und den hohen Preis des Blattes beklagten, ward der Redakteur desselben eingeladen, und er versprach, nach Kräften für besseren Inhalt Sorge zu tragen. Billiger könne er das Blatt nicht hergeben, meinte er, aber er wolle sehen, daß die Geschäftsleute, die in dem Blatt annoncierten, den Mädchen bei ihren Einkäufen Rabatt gewährten. Weiß Frau

Julie Eichholz davon wirklich gar nichts, oder will sie behaupten, daß auch die Redakteure aller „anderen Zeitungen, denen der Hausfrauenverein Annoncen gibt“, gleichfalls eingeladen worden sind, und daß auch für die betreffenden Blätter Propaganda gemacht ward?

Nach all diesen Vorlesungen erachte ich es als moralische Pflicht des Hausfrauenvereins, Sorge zu tragen, daß die Mädchen nicht um ihr Geld geprellt werden. Vor allem ist Frau J. Eichholz entrüstet, daß ich sie des literarischen Diebstahls beschuldigte. Sie will bis heute für mich mildernde Umstände gelten lassen, weil sie annimmt, ich könnte die näheren Umstände der Affäre vergessen haben. Ihre „Berichtigung“ schließt sie mit einer nicht mißzuverstehenden Drohung für den Fall, daß ich in der Zukunft meine Behauptung wiederholen würde. Nun, Frau J. Eichholz, ich halte meine Behauptung voll aufrecht, und es könnte mir nur lieb sein, wenn Sie mir Gelegenheit geben würden, dieselbe vor Gericht zu beweisen. Das Beweismaterial befindet sich glücklicherweise in meinen Händen. Hätte Frau J. Eichholz, wie sie behauptet, aus meiner Arbeit lediglich die Schilderung von der Einrichtung einer Kaffeeverleserei entnommen, würde ich dies mit keinem Worte erwähnt haben. Was aber tat Frau Eichholz. Sie schrieb in der „Frauenrundschau“ (den Artikel im „Loisen“ kenne ich nicht), die Verhältnisse, unter denen die Hamburger Kaffeeverleserinnen leben, seien der Öffentlichkeit gegenüber vollständig unbekannt; Licht in dieses Dunkel habe die Enquete der bürgerlichen Frauen gebracht, deren Ergebnis im nachfolgenden von ihr, Frau Eichholz, bearbeitet sei, und dann folgte Wort für Wort mein Artikel, den ich in der „Gleichheit“ über die Lage der Kaffeeverleserinnen veröffentlicht hatte. Nur wo ich geschrieben, dies und jenes sei durch den Streif beseitigt worden, hatte Frau J. Eichholz den Passus dahin abgeändert, daß im Laufe der Zeit die Änderung erfolgt sei. Ich habe damals, als der Artikel erschien, auch sofort an Fräulein Dr. Stöcker, die Redakteurin der „Rundschau“, geschrieben und auch ihr das Beweismaterial dafür eingesandt, daß Frau Eichholz meine Arbeit unter ihrem eigenen Namen veröffentlicht hatte. Wirklich, ich bewundere die Stirn der Frau Eichholz, die diesen Tatsachen gegenüber es wagt, eine „Berichtigung“ einzusenden, die mit einer Drohung gegen mich schließt.

Daß es geradezu an Größenwahn grenzt, wenn die Dame schreibt, in Folge ihrer Veröffentlichungen sei in Hamburg eine Fabrikinspektoren angestellt worden, sei nur nebenher erwähnt. Unseren Lesern wird diese Behauptung einen heiteren Augenblick verschaffen.

Zur Charakteristik der Frau J. Eichholz sei zum Schlusse noch folgendes erwähnt. Frau Eichholz, die jetzt die wütendste Gegnerin der Sozialdemokratie ist, uns angreift und als Heher verschreit, wo sich immer die Gelegenheit bietet, hat sich vor gar nicht langer Zeit lebhaft bemüht, die Mitarbeiterin des „Hamburger Echo“ zu werden. Das mißlang! Ihre Artikel wurden als nicht konvenierend zurückgesandt und seitdem die Feindschaft! Kommentator überflüssig!
Luise Zieh.

Quittung.

Zur Förderung der Dienstbotenorganisation sind bei der Redaktion der „Gleichheit“ von Genossen J. Erdle-Chemnitz 5 Mk. eingegangen und dem Agitationsfonds der Genossinnen übermittelt worden.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Stuttgart.

Solange der Vorrat reicht, offerieren wir:

Für unsere Kinder

Weihnachtssbuch der Gleichheit

Herausgegeben von Klara Zekin (Zundel)

Preis kartoniert Mk. 1.—

Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.

Das Weihnachtssbuch der Gleichheit besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der Gleichheit „Für unsere Kinder“.

Soeben ist erschienen:

Die Mutter als Erzieherin

Kleine Beiträge zur Praxis der

proletarischen Hauserziehung von

Heinrich Schulz

Mitglied des Bildungsausschusses der Partei u. Lehrer an der Parteischule.

Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter darbieten, für die es in erster Linie bestimmt ist, sondern kurze, einfach gehaltene und leichtverständliche Ratschläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine kartonierete und eine Ausgabe im Geschenkeband.

Die kartonierete Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im Geschenkeband 75 Pf.

Das Büchlein eignet sich ganz vortrefflich als Weihnachtsgeschenk.

Expedition der Gleichheit.

Begenwart.

Von Ludwig Fran.

Der Wandler sinnt, wohin den Schritt er richtet,
Das Herz verstummt, weiß nicht, wofür es schlägt:
Kein Jubel bebt in ihm und keine Klage,
Sein Glauben und sein Hoffen ward zunichte.

Wo eine Heimat sich die Sehnsucht dichte,
Auf jeder Lippe steht die stille Frage;
In jedem Aug' der Durst nach einem Tage,
Der diese Nacht mit seiner Klarheit lichte.

So brütet Schwärze auf des Lebens Wogen,
Wenn eine alte Zeit hinabgegangen
Und noch die neue nicht heraufgezogen.

Wann wirst du schwinden, ahnungschermeres Vagen?
Man sieht ja längst am dunkeln Himmelsbogen
Der neuen Sonne erste Strahlen prangen.

Ueber Vulkanen.

Von Leon Solky.

Weil er „geht“ hatte unter den Brüdern und „Auf-
ruhr“ gepredigt gegen die Herren, lag der Leitner Johann
nun auf der Straße, im klingenden Frost. Sein junges
Weib bangte der bitterfühen Stunde entgegen, da es
zum erstenmal durch das dunkle Tor der Schmerzen in
das stillgeahnte Land der Mutterfreude treten sollte.
Eifrig wehte der Wind; des Weibes Herz erschauerte und
flammerte sich an des Mannes Trost.

Die „Herren der Berge“ hatten sich zusammengetan
und einander das Versprechen abgenommen, jeden ihrer
Heloten aufs Pflaster zu werfen, der es wagen würde,
als Rufer im Streit die Kameraden zu Geschlossenheit
und Trost zu mahnen. Da unten in den Städten tobte
der Kampf, das es davon hin und wieder einmal bis zu
den Ebnen Bergen heraufhallte. Aber die Herren hielten
die Fägel so straff in der Hand, daß lange kein Begehren
in den Gefesselten zum Bewußtsein kam. Zwölf Stunden
Arbeit, Kartoffeln und trockenes Brot: die Faust in den
Nacken euch dummen Teufeln!

Aus der großen Welteffe, unter der Millionen
das Feuer schürten, sprühten vereinzelte Funken bis
hin auf, wo die Ärmsten über Vulkanen in der Fron ver-
barben. Unter ihren armseligen Hütten hatte sich vor
Jahrtausenden der Schlund der Erde geöffnet und zornig
ausgespien, was schlecht und unverdaut im Bauche des
Kolosses gerührt. Und abermals Jahrtausende hatten mit
ihren Umwälzungen das Maul des Riesens verstopft.
Auf den Höhen frontete nun ein armes hungerndes Ge-
schlecht. Weber und Messerschmiede, Glasbläser und
Spielzeugverfertiger plagten sich mit Weib und Kind,
so viel zusammenscharrten, um eine dürftige Maske für
die Frage des Hungers erschwingen zu können, vor dessen
Zähnefleisch ihnen graute. Das Wort von der Wohlthat
der Arbeit war zum Hohn geworden. „Ihr habt zwar
nichts, aber das habt ihr wenigstens regelmäßig!“ So
der Trost- und Warnspruch der Arbeitgeber. — „darum
freut euch der Arbeit, die wir in eure Hände legen!“

Wie ein hallendes Hohngelächter setzte der Sturm
durch die Bäume, packte die Stämme und prallte sie
gegen einander, als wollte er aus unnebelten Hirnen
von Funken der Erkenntnis schlagen. Klirrend prasselten
die Eisbehänge der Äste zu Boden wie alte Sagen
verbraucher Zeiten. Der gähnertrümmende, weg-
bahrende Sturm ließ ein fernes Licht erkennen, zu dem
der Weg noch weit und mühsam war. Aber es leuchtete
doch.

Die Leute oben über den toten Vulkanen waren nicht
feig, aber die ewige Knechtschaft hatte eiserner Klammern
um ihren Willen geschmiedet und ihr Kraftbewußtsein
gelähmt. Wie eine glühende Kohle schwelte es unter
dem Wust graublinkender Äste. Manchmal bäumte
sich eins der müden Herzen auf und ein brünstiges
Stammeln rang sich empor: wenn doch der Sturm käme!

Hin und wieder flogen Funken aus der großen Esse
der Zeit heraus. Ein Agitator kam und schoß den Pfeil
einer glühenden Rede in elendsmörche Herzen. Die
Flamme züngelte und lochte empor und Augen bligten,
doch bald war der Stumpfsinn wieder da mit den Sorgen
um die Hungerexistenz. Die Herren waren wie Spür-
hunde auf dem Posten und warfen jeden auf die Gasse,
der ihnen als Heher erschien.

Der Leitner Johann war der erste, der es wagte,
sein Menschentum zu bekennen und zu wahren. Ihn
hatte die Erkenntnis von seiner Bräders Not so tief ge-
troffen, daß er sein eigenes Wohl und Wehe darüber
vergaß. Ein Fieber nach Wissen war über ihn gekommen.
Als er zu sehen begann und zu begreifen, hielt keine
Macht der Welt ihn davon zurück, das flammende Wort
unter die zagenden Kameraden zu werfen: Proletarier,
vereinigt euch!

Die Schweißhunde der Herren hatten ihn aufs Korn
genommen. Erst bellten sie; der Tapfere lachte nur.

Dann bissen sie zu, grausam fletschend, die ganze Meute.
Er flog aufs Pflaster, keiner gab ihm Arbeit, ihm und
seinem jungen Weibe, der blonden Marie.

Der Leitner stieg in grimmigem Trost durch die
Dichtung des Waldes, höher hinauf nach der Ode. Er
hatte den letzten Versuch gemacht, Arbeit zu bekommen.
Der Faktor der Weberei hatte ihn noch einmal vor die
Alternative gestellt: entweder — oder! Mit anderen
Worten: heuchelnde Demut oder — Hunger. Die Herren
der Berge glaubten ihn in den Staub gedemütigt zu
haben, aber er lachte ihrer. Ihnen ins Gesicht den
lachenden Trost, im Herzen brennende Sorge um Marie.

Seit Anfang des Monats hauste er mit seinem Weib
im — Armenhaus. Er hatte die Miete nicht bezahlen
können, und weil das Haus, in welchem sie gewohnt
hatten, dem „Herrn“ gehörte, mußten sie die Wohnung
räumen. Es gab keinen anderen Ausweg als die elende
Hütte abseits des Ortes, die man das Armenhaus nannte.
Hier hatte er seinen Webstuhl aufgestellt, um zu ver-
suchen, auf eigene Rechnung ein „Stück“ zu weben; das
erforderliche Garn hatte er glücklicherweise noch beschaffen
können.

Leitner stieg schneller hinauf. Eine innere Angst hielt
ihn in den letzten Tagen beständig gefangen. Marie lag
allein in der elenden Hütte. Sie war leidend, und die
schwere Stunde konnte über Tag oder Nacht hereinbrechen.
Das Brot war knapp, und wenn es einen Steinwurf
abwärts Holz die Hülle und Fülle gab, sie mußten frieren,
am Tage in dem halbverfallenen Raum, in der Nacht
in den dünnen Betten.

Der Mann war unten beim Krämer gewesen und
hatte ein bißchen Kaffee und Zucker und andere nützliche
Sachen für den Haushalt auf Kredit erhalten. Der
Krämer war ein guter Kerl und traute dem ins Elend
gebrängten Weber und seiner geraden Ehrlichkeit.

Der Schnee knirschte wie frischgeschütteter Kies unter
den dicken Sohlen. Ein eisiger Wind verschlug dem
Vorwärtsdrängenden den Atem, daß er ab und zu stehen
bleiben mußte. Aber bei dem Gedanken an das einsame
Weib eilte er aufs neue rasch empor. Als Leitner an
der „Teufelskugel“ angelangt war, lehnte er sich einen
Augenblick gegen den Felsen und schaute in der Richtung
ins Tal, aus der er gekommen war.

Dort unten lag die Villa des „Herrn“. Aus den
Fenster der oberen Zimmer stutete eine breite Lichtwelle
hinauf auf die Schneeebene. Sie mochten wohl Gesell-
schaftsabend haben oder so etwas, die da unten. Weiter
links die Höhen hinaufsteigend schimmerten verstreute
Lichtlein aus den Hütten der Arbeiter. Schlichtern
flimmernd schienen sie um Verzeihung zu bitten für die
Räuhheit, daß sie brannten. Und es war dem stillen
Mann am Felsen, als verschlänge das große Licht da
unten im Tal mit seinem ausdringlichen Schein die Schar
der kleinen müden Lichter in der Munde, Stück um Stück.
Und doch hatte jedes von seinem lärglichen Glanz das
Beste geben müssen, um jenem die Kraft zu seinem
hellen Schein zu spenden!

Der Leitner ballte die Faust; ein grimmgiger Gedanke
entlang sich seinem Hirn: Begehrlich? Nein, begehrlich
seid ihr nicht, ihr armen, kleinen Lichter dort, die ihr
nicht einmal ein einziges Teilchen von eurem Rechte zu
leuchten fordert.

Ein froher Gedanke stieg mit wärmender Kraft in
seiner Seele auf: es muß gelingen, die dürftigen Licht-
lein da drüben, deren jedes nur ein Glühwürm scheint,
zu einer mächtigen Flamme zu einen, die das gleißende
Licht da unten nicht mehr zu fürchten braucht. Es wird,
es muß gelingen!

Aber dem Gedanken an das Glück seiner Brüder
hatte er das eigene Unglück ganz vergessen. Gestärkt
und innerlich erhoben schritt er dem dürftigen Heim ent-
gegen. Als die Gruppe verkrüppelter Föhren vor ihm
aufstauete, hinter der das Armenhaus wie ein Bettler
lag, der seine Blöße mit Lumpen decken will, schlug sein
Herz stark und bang. Eine Welle heißer Zärtlichkeit
quoll in ihm auf: Marie, du Liebe!

Aber wie der Blich in ein reißes Garbenfeld schlug
ein wilder, haßgeborener Gedanke in seine liebeglähnde
Seele: Mein Weib, wie haben sie dich gequält und —
o, mein Kind! Noch schläft's im Mutter Schoß, und schon
schüttelt mich Sorge um das Ungeborene! Wie kann
aus dem Schoße der Notgepeinigten ein starkes, schicksal-
besiegendes Leben sich lösen! Verflucht, die ihr uns schon
im Mutterleib in Fesseln schlägt!

„Marie!“ Angstgefoltert stürmte er mit langen, raschen
Schritten dem Häuschen zu. Als er ihm näher kam,
stutzte er und blieb verwundert stehen. Aus dem wind-
schiefen kleinen Schornstein stieg eine blaue Rauchsäule
kerzengerade in die frostklare Luft. Was ist das? Liegt
Marie nicht mehr zu Bett, oder...! Er sprang mit
mächtigen Schritten zur Hütte hinauf und stieß die Türe auf.

Ein dünnes Kinderstimmchen weinte ihm entgegen.
Sein Herz wollte stille stehen. Da hörte er mehrere
Stimmen, und aufatmend sagte er: „Wie bin ich froh!“

Als er ins niedere Zimmer trat, sah er zwei Kame-
raden und die alte Hebamme des Dorfes beisammen-
stehen. Er schob sie wortlos beiseite und stand am Lager
seiner Frau.

Wachsbleich, mit geschlossenen Augen lag Marie,
das Gesicht nach der Wand gelehrt.

„Marie!“ gurgelte seine rauhe Stimme wie ein unter-
drückter Schrei. Da wendete sie den Kopf mit Mühe
ein wenig, schlug die Augen auf und ließ sie lange in
seinem Blick ruhen, der zitternde Angst und steigenden
Jubel umschloß. Und was ihm aus den großen braunen
Augen seines Weibes entgegenschlug, war so leuchtend und
seelenbezwingend, daß er das Haupt in ehrfurchtsvollem
Schweigen neigte. Marie löste die müden Arme vom
Kissen und hob sie ihm bebend entgegen. Da neigte er
den Kopf noch tiefer, daß sie die Arme um seinen Nacken
legen konnte. So verharrten sie sekundenlang in tiefem
Schweigen. Die drei auf der anderen Seite des Zimmers
wagten kaum zu atmen.

Als der Leitner Johann wieder hoch und stark wie
sonst vor ihnen stand, reichten die Kameraden ihm die
Hände, und er sagte glücklich: „Daß ihr hier seid, das
freut mich. Auf euch hab' ich gebaut — nicht für mich,
für uns alle. Ihr müßt mir helfen!“

Und die Männer nickten und sagten einfach: „Per-
sticht sich von selbst, Genosse!“ Das Wort „Genosse“
flog wie ein Sonnenstrahl durch den ärmlichen Raum.

Dann hielt die alte Hebamme dem jungen Vater ein
Bündelchen entgegen, aus dem das weinende Stimmchen
drang: „Da hast du dein Christkind!“ Und als er fragend
aufsah, setzte sie hinzu: „Morgen ist Weihnacht!“

„Weihnacht — ich hatte es ganz vergessen,“ sagte
Leitner nachdenklich, „Weihnacht ist nur für die, die etwas
geschenkt bekommen!“ Da alte Weiblein sah den jungen
Vater mit einem vorwurfsvollen Blicke an, und er be-
schaute sich das Kind nun erst richtig.

Armselig war es schon und, ach, so klein! Aber —!
Wie eine schöne Hoffnung blühte es in ihm empor: ein
Junge ist's — wenn der einmal ein Heiland würde den
Armen und Ärmsten hier oben! Er drückte das kleine
Bündel wie eine seltene Kostbarkeit an seine Brust, daß
die Älste laut aufschrie und es ihm hastig aus den
Händen nahm.

Die Männer lachten.

Leitner Johann fuhr sich mit der Hand über die
Stirne und sagte zu sich selbst: „Nur keine Hirngepinste!
Es soll ein ganzer Kerl werden, mein Junge. Wir
anderen aber wollen nicht auf den Heiland warten, wir
wollen arbeiten und uns selbst erlösen!“

Ein neues Christkind ist auf die Berge gestiegen zu
den Armen, die über Vulkanen der Erlösung entgegen-
hungern.

Und dieses Christkind wird sie erlösen.

Mene Tekel.

Von Emanuel Geibel.

Hel, wie die Tafeln sind geschmückt,
Wie klar die Kerzen erglommen!
Wer singt und lacht und Rosen pflückt,
Der ist zum Fest willkommen.
Musik erklingt den Saal heraus,
Schöne Mädchen warten auf
In leichten, losen Gewanden.

Sie tanzen um das goldene Kalb,
Sie fallen ihm gar zu Füßen,
Sie rufen: eh' das Laub wird salb,
Hilf du die Lust uns büssen!
Uberschäumt im Reich der Wein —
Ich drücke mich stumm in den Winkel hinein.
Mir schaudert das Herz im Leibe.

Mir ist's, durchsichtig wird die Wand,
Und draußen dicht und dichter
Da drängen sich bei Jackelbrand
Viel tausend Hungergeschäfer:
Durchs Gewühl mit riesgem Leib
Herschreitet kampfgeschärzt ein Weib,
Sie trägt blutrot eine Mähe.

Und sieh, der Boden wird zu Glas,
Und drunten seh' ich sthen
Den Tod mit Augen hohl und graß
Und mit der Sense bligen;
Särg' auf Särgen rings getürmt —
Doch drüberhin wie rasend stürmt
Der Tanz mit Pfeifen und Geigen.

Sie haben Augen und sehen's nicht,
Sie prassen fort und lachen,
Sie hören's nicht, wie zum Gerlicht
Schon Balk' und Säule krachen;
Lauter jauchzt der Geige Ton —
Ihr Männer, ihr Weiber von Babylon,
Mene Tekel, Uppharin!